



Dr. Jürgen Busse:

Schlussstrich unter vergangene Irritationen

Der Geschäftsführer des Gemeindetags begrüßt die Selbstauflösung des Zweckverbands „Kommunale Verkehrssicherheit in Bayern“.

Seite 2



Erwin Huber:

Glückwunsch zum 60. Geburtstag

Ministerpräsident Stoiber und CSU-Fraktionschef Herrmann würdigten den Wirtschaftsminister als „Gestalter des modernen Bayern“.

Seite 3



Theo Zellner:

Kraft der ländlichen Räume stärken

Für den Landkreistagspräsidenten ist eine Konzentration der Politik auf die Interessen der Metropolregionen der falsche Ansatz.

Seite 3

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 3. August 2006

57. Jahrgang / Nummer 15/16

Familien- und Seniorenpolitik:

Lebendige Pfade

Tagung des KPV-Landesvorstands und -Hauptausschusses

Die Änderung des Kommunalwahlrechts, Eckpunkte der CSU-Familienpolitik sowie neue Wege in der Seniorenbetreuung standen im Mittelpunkt der jüngsten KPV-Landesvorstands- und Hauptausschusssitzung in München. Als Gäste konnte der Tagungsleiter, KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun, hierzu Ministerialrat Dr. Wegmann vom bayerischen Innenministerium, die stellvertretende CSU-Fraktionsvorsitzende Renate Dodell, MdL, und die Bürgermeisterin der Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Ursula Mayer, willkommen heißen.

Am 19. Juli wurde das Gemeinde- und Landkreiswahlrecht vom Bayerischen Landtag verabschiedet. Dieses soll nach den Ausführungen von Dr. Wegmann am 1. September in Kraft

Derzeit werden die Bürgermeister und Landräte vielerorts zu einem anderen Zeitpunkt gewählt als die Kommunalparlamente. Künftig soll es so sein: Scheidet ein Bürgermeister oder Landrat vorzeitig aus dem Amt, soll sein Nachfolger entweder länger oder kürzer als die „normalen“ sechs Jahre im Amt bleiben, damit seine Wiederwahl möglichst bald wieder mit der allgemeinen Kommunalwahl zusammenfällt. Allerdings soll die „persönliche“ Wahlperiode nicht länger als acht und nicht kürzer als vier Jahre sein. Durch gleichzeitige Wahltermine sollen Kosteneinsparungen erzielt und Wahlmüdigkeit vermieden werden.

Rücktrittsmöglichkeit

Weitere Neuregelungen sind die Rücktrittsmöglichkeit für (Fortsetzung auf Seite 4)



Ursula Mayer.

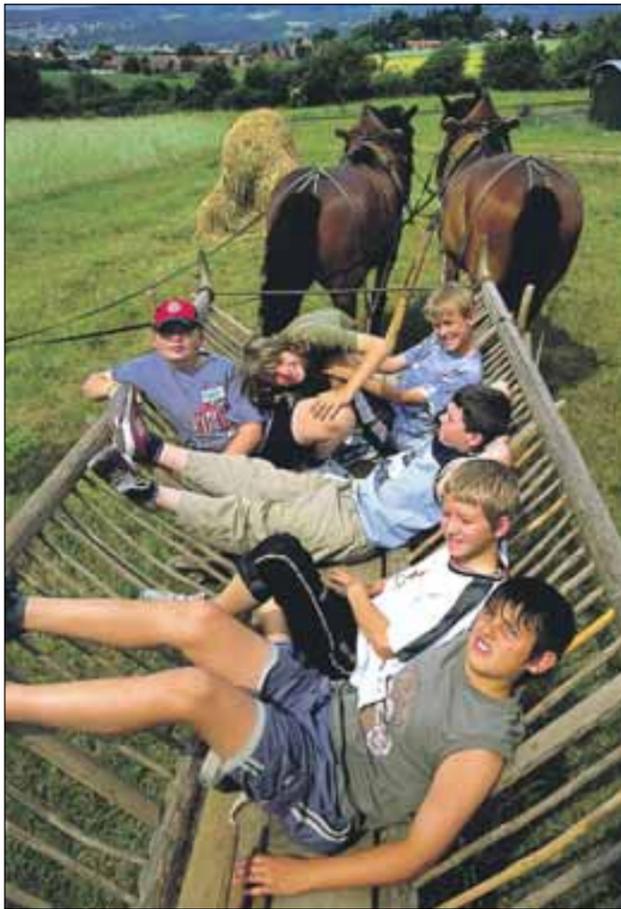
treten. Anwendbar soll das Gesetz für die Kommunalwahlen im März 2008 sein.

Harmonisierung der Termine

Besonders bedeutsame Neuregelungen sind das Auswahlermessen des Gemeinderats bzw. des Kreistags bei der Berufung des Wahlleiters, das Recht auf Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis an Stelle einer öffentlichen Auslegung des Wählerzeichnisses, die Vermeidung von Interessenkollisionen bei der Besetzung von Wahlorganen (kein automatischer Wahlleiter mehr kraft Amtes), die Harmonisierung der Wahlzeiten sowie die weitgehende Harmonisierung der Termine von Bürgermeister- und Landratswahlen mit den allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen.



Renate Dodell.



Das Oberpfälzer Freilandmuseum begeht in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum. Von Anfang an sind Kinder und Familien eine der wichtigsten Zielgruppen für das Angebot. Deshalb feierte das Museum einen großen Kindertag. An jedem ersten Sonntag im Monat finden schon seit vielen Jahren alte Kinderspiele statt. Natürlich durfte man diese auch am großen Kindertag ausprobieren. Überhaupt war alles ziemlich altmodisch und deshalb etwas ganz Besonderes. Da konnte man mit Naturmaterialien den Wald verzaubern und selbstgemachte Bonbons nach alten Rezepten probieren, die in der Museumsküche einen herrlichen Duft verbreiteten - oder außergewöhnlichen Schmuck aus Wachs und Federn herstellen. Man erzählte Märchen und es wurde Kasperltheater gespielt. Die Kinder fertigten kleine zauberhafte Dinge aus Filz und durften Schokoladentaler im Heuhaufen suchen. Diese und viele weitere Attraktionen sollten ein Dankeschön an die treuesten Besucher des Freilandmuseums sein. Schließlich sind dort schon mindestens 10.000 Schulklassen gewesen und Hunderttausende von Familien sind eingetaucht in die alten Zeiten, „wo das Wünschen noch geholfen hat“, wie die Brüder Grimm es formulierten. Den ganzen Sommer über können wieder alle Kinder an einem vielfältigen Programm teilnehmen. Es darf nach Belieben gebastelt, gewerkelt und gespielt werden. Unser Bild thematisiert das Ferienprogramm „Landwirtschaft vor 100 Jahren“. Informationen im Internet unter: www.freilandmuseum.org.



Lieben gute Wünsche gen Himmel steigen: Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert (Mitte) und sein Vorgänger Dr. Georg Sinnacher (rechts), Landrat Hubert Hafner, Bezirksrätin Ruth Niemetz und Oberbürgermeister Gerhard Jauernig (im Bild von links) wirkten beim Prominenten-Fußballturnier für die Bezirk-Schwaben-Stiftung in Günzburg mit. Sie war eine der ersten Modellwohnanlagen für generationen- und gruppenübergreifendes Wohnen. Nun feierte die Einrichtung ihr zehnjähriges Bestehen. Mehr als 200 Menschen im Alter von wenigen Monaten bis über 90 Jahre leben dort. Mit zu dem bunten Fest trug auch das Evangelische Kinderhaus bei, das ebenfalls vor zehn Jahren auf dem Gelände der Bezirk-Schwaben-Stiftung seine Pforten öffnete.

Finanzminister und Spitzenverbände einig:

Bayern erhöht den kommunalen Finanzausgleich

Kommunen bauen auf Stoibers Partnerschaft

Mit einer Steigerung des Kommunalen Finanzausgleichs (FAG) um mehr als vier Prozentpunkte gegenüber 2006 auf 5,446 Mrd. Euro reiner Landesleistungen will die Staatsregierung nächstes Jahr das Wort des Ministerpräsidenten halten, guter Partner und Anwalt der Kommunen zu sein.

Nach dem abschließenden Spitzengespräch mit den Präsidenten von Gemeindetag, Landkreistag, Städtetag und Bezirken stellte Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser das Zahlenwerk Ende Juli der Presse vor, das nach den Sommerferien im Kabinett als Teil des Doppelhaushalts 2007/08 beraten und beschlossen und dann dem Landtag zugeleitet wird. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber sprach von ge-

meinsamem Erfolg und stellte den Kommunen Planungssicherheit bis 2013 in Aussicht. Der Freistaat erhöht laut Falthäuser seine Mittel für die (Fortsetzung auf Seite 2)



Prof. Dr. Kurt Falthäuser.

Neues Bauplanungsrecht:

Bund plant mehr Bürokratie

Gemeindetag kritisch zu neuer Gesetzesinitiative

Kritisch hat sich der Bayerische Gemeindetag zu einer von der Bundesregierung geplanten Novellierung des Bauplanungsrechts geäußert. Der Bund plant eine Änderung des Baugesetzbuchs zur angeblichen Stärkung der Innenentwicklung der Städte. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Der vorgelegte Entwurf enthält überwiegend sehr detailverliebte Regelungen, die offenbar versuchen, vergleichsweise punktuelle Problemstellungen durch aufwändige, extrem komplizierte Bestimmungen zu lösen. Damit geschieht genau das Gegenteil dessen, was in der Praxis gewünscht wird, nämlich flexible und eher generelle Vorgaben zu machen, die insbesondere den Gemeinden die Möglichkeit geben, von ihrer Planungshoheit Gebrauch zu machen. Allen Bestrebungen, Bürokratieabbau abzubauen und Vorschriften auszulichten, wird damit ein Bärendienst erwiesen.“ Mehr im Internet unter: www.bay-gemeindetag.de.



Sofort wäre der Bürgermeister zur Stelle, wenn seine Stadt als Pilotkommune ausgesucht würde, Arbeitslose in eine sinnvolle Beschäftigung zu geben. Schließlich wird nichts anderes übrig bleiben, als Geringqualifizierte durch eine Kombination von Sozialtransfer und echter Leistungskomponente wieder auf die Füße zu bringen. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Der Wahlmüdigkeit entgegenwirken	2
Landtag steht zu den Sparkassen	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Mehr Achtsamkeit im Sprachgebrauch	3
Wirtschaftsfaktor Heilbäder	3
Kraft der ländlichen Räume stärken	3
Regionale Wettbewerbsfähigkeit verbessern	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunaler Bau	5 - 7
Wasser · Abwasser	8/9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Zum zweiten Mal wurde der E.ON Bayern Umweltpreis feierlich im Deutschen Museum in München verliehen. E.ON Bayern-Vorstand Dr. Stefan Vogg überreichte die Auszeichnungen gemeinsam mit Umweltminister Dr. Werner Schnappauf. Die hohe Zahl der Bewerbungen im ersten Jahr wurde 2006 noch weit übertroffen. Die knapp 300 eingereichten Projekte zeigen das vorhandene Engagement für den Umweltschutz in Bayern. Wegen des außerordentlichen Niveaus der Bewerbungen und der unterschiedlichen Themenbereiche der zwei favorisierten Projekte entschied sich die Jury zur Vergabe von zwei Hauptpreisen. Insgesamt wurden 340.000 Euro ausgeschüttet. Die beiden Hauptpreisträger erhielten jeweils 50.000 Euro; acht mal wurden 20.000 Euro vergeben; bei den Innovationspreisen erhielten jeweils vier Bewerber 10.000 Euro; der Sieger dieser Gruppe - eine Schule - konnte ebenfalls 20.000 Euro mit nach Hause nehmen. In einer ausführlichen Dokumentation würdigt die Bayerische Gemeindezeitung in dieser Ausgabe das vielfältige Umweltengagement und den Ideenreichtum der Bewerbungen. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Peter Braun
82110 Germering
am 9.9.

Bürgermeister Xaver Karl
94342 Irlbach
am 13.8.

Bürgermeister Hans Haslreiter
83246 Unterwössen
am 14.8.

Bürgermeister Josef Foitl
89446 Ziertheim
am 22.8.

Bürgermeister Dieter Hager
82152 Krailling
am 26.8.

Bürgermeister
Manfred Gesierich
84571 Reischach
am 27.8.

Bürgermeister Sebastian Haider
84556 Kastl
am 29.8.

Bürgermeister Heinrich Krzizok
85464 Finsing
am 31.8.

Bürgermeister Hermann Hippeli
97647 Nordheim v. d. R.
am 31.8.

Bürgermeister Franz Maier
83313 Siegsdorf
am 31.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Gensler
97618 Wollbach
am 2.9.

Bürgermeister
Bernhard Gottbehüt
90547 Stein
am 2.9.

Bürgermeister Dietmar Cremer
84529 Tittmoning
am 9.9.

Bürgermeister
Johann Thalhauser
83254 Breitbrunn a. Chiemsee
am 11.8.

Bürgermeister Dr. Karl Dürner
84419 Schwindegg
am 11.8.

Bürgermeister Franz Hager
84092 Bayerbach
am 15.8.

Bürgermeister Siegfried Klika
84478 Waldkraiburg
am 19.8.

Bürgermeister
Anton Bauernschubert
97711 Thundorf i. Ufr.
am 21.8.

Bürgermeister Herbert Begert
91235 Velden
am 21.8.

Bürgermeister Kurt Sägmüller
91233 Neunkirchen am Sand
am 22.8.

Bürgermeister Josef Kellerer
82256 Fürstenfeldbruck
am 27.8.

Bürgermeister Josef Wittmann
92708 Mantel
am 31.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Werner
96274 Itzgrund
am 2.9.

Bürgermeister
Klemens Holzmann
82436 Eglfing
am 8.9.

Bürgermeister Josef Zeislmeier
87459 Pfronten
am 9.8.

Bürgermeisterin
Ruth Hanna Gube
97505 Geldersheim
am 14.8.

Bürgermeisterin
Rosemarie Richartz
97251 Rothenfels
am 17.8.

Bürgermeisterin
Hildegard Wanner
89420 Höchstädt
am 20.8.

Bürgermeister Hans Peis
85467 Neuching
am 22.8.

Bürgermeisterin
Karl Holmeier jun.
93495 Weiding
am 10.9.

Bürgermeister Anton Birle
86473 Ziemetshausen
am 12.8.

Bürgermeister
Reinhard Heinrich
85293 Reichertshausen
am 17.8.

Bürgermeister Josef Flatscher
83395 Freilassing
am 23.8.

Bürgermeister Norbert Gräbner
96364 Marktrodach
am 23.8.50

Bürgermeister
Manfred Schübler
63840 Hausen
am 28.8.

Bürgermeister Albert Gübregen
91077 Kleinsendelbach
am 7.9.

Bürgermeister Xaver Gmach
93480 Hohenwarth
am 9.9.

Bürgermeister
Andreas Zuschlag
97859 Wiesthal
am 11.8.

Bürgermeister
Johann Gaßlbauer
84552 Geratskirchen
am 23.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Ott
89437 Haunsheim
am 30.8.

Bürgermeisterin
Johann Gaßlbauer
84552 Geratskirchen
am 23.8.

Landtag steht zu den Sparkassen

Namenschutz und öffentlich-rechtlichen Status in der EU erhalten

Mit einem CSU-Dringlichkeitsantrag unterstützt der Landtag einhellig die Bemühungen der Staatsregierung, den Namensschutz der öffentlich-rechtlichen Sparkassen zu erhalten. Mit Sorge beobachtet das Parlament die Bestrebungen der EU-Kommission, diesen Schutz zugunsten privater Wettbewerber aufzuweichen. Die Bundesregierung soll die Verhandlungsführung mit Brüssel übernehmen und darauf hinwirken, dass die Länder an den Verhandlungen angemessen beteiligt werden.

Gerade im flachen Land „sind wir in Bayern auf die Geldbedienleistung durch Sparkassen und Genossenschaftsbanken angewiesen“, betonte Alfons Zeller (CSU) in der Plenarsitzung. Der Begriff Sparkasse müsse im öffentlich-rechtlichen Bereich bleiben. Innenminister Dr. Günther Beckstein begrüßte die CSU-Initiative. „Wir bekennen uns zum Drei-Säulen-System der Kreditwirtschaft, wobei die Sparkasse die wichtigste Säule ist. Er verwies darauf, dass die Rechtsform der Sparkasse Ländersache sei. Also liege auch die Entscheidung über eine Privatisierung der Sparkassen bei den Ländern.

Keine Insellösung

Die Oppositionssprecher waren grundsätzlich der gleichen Meinung. Jürgen Dupper (SPD) stellte fest, eine Beeinträchtigung des Sparkassenstatus hätte fatale Folgen. Es gehe um das Namensrecht von 458 deutschen Sparkassen, deren Bedeutung immens sei. In der Finanzministerkonferenz habe Thüringen schon die Bundesregierung aufgefordert, sich für den Namensschutz einzusetzen. Eine „Insellösung“, bei der den Länder die Aufhebung dieses Schutzes freigestellt werde, sei vom Bundesfinanzministerium

bereits wieder verworfen worden.

Gleichmäßige Grundversorgung

Christine Kamm (Grüne) erklärte, die Sparkassen stünden für eine gleichmäßige Grundversorgung in der Fläche mit besonderer Bedeutung für den Mittelstand und für Existenzgründer. Die Bundeskanzlerin habe bereits zugesichert, sich für den Namensschutz bei der EU einzusetzen und diesen notfalls vor dem Europäischen Gerichtshof zu verteidigen. Den CSU-Dringlichkeitsantrag hielt sie - wie Dupper auch - bei dieser Sachlage an sich für überflüssig. Wegen der Bedeutung der Sache jedoch stimmten SPD und Grüne der Vorlage zu. **rm**

Kommunale Verkehrsüberwachung:

Gemeindetag begrüßt Selbstauflösung

Der Bayerische Gemeindetag begrüßt die Entscheidung des Zweckverbands „Kommunale Verkehrssicherheit in Bayern“, sich aufzulösen. „Damit erhalten die Gemeinden die Chance, sich in kleineren Bündnissen auf lokaler Ebene neu zu strukturieren,

Der Wahlmüdigkeit entgegenwirken

Landtag ändert das Kommunalwahlrecht - Abbau von Zwischenwahlen und Stärkung des Ehrenamtes

Weitgehende Harmonisierung der kommunalen Wahltermine, großzügigere Regelung für ehrenamtliche Bürgermeister, wenn sie den Landrat vertreten und wenn es um einen Ehrensold geht, Vermeidung von Interessenkollisionen bei der Besetzung von Wahlorganen, das sind markante Punkte einer ganzen Reihe von Änderungen, die bei der Kommunalwahl 2008 und danach die kommunale Selbstverwaltung praktikabler machen, Kosten sparen und der Wahlmüdigkeit entgegenwirken sollen. Die von der Staatsregierung vorgelegten Änderungen des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes treten mit Zustimmung des Landtags am 1. September in Kraft.

Wie schon im federführenden Kommunalausschuss (s. GZ 12/22.06.06) stimmte die CSU fast allen Änderungen zu. Nur bei der vom Innenministerium vorgeschlagenen Herabsetzung der Mindestbeteiligung an Bürgerentscheiden von nur mehr 15% statt bislang 20% in Kommunen zwischen 20.000 und 50.000 Bürgern bleibt es beim alten Quorum. In der abschließenden Plenardebatte bestätigten Berichterstatter Dr. Manfred Weiß (CSU) und Innenminister Dr. Günther Beckstein eine kontroverse Diskussion in der Fraktion. Der Minister meinte, Bürgerentscheide müssten nach vielen Erfahrungen etwas erleichtert werden. Eine Mehrheit der CSU-Abgeordneten war gleichfalls gestützt auf Erfahrungen, gegen eine Quotensenkung. In einem Änderungsantrag kehrte die Fraktion zu den 20% zurück.

Schwindende Wahlbeteiligung

Bei der Harmonisierung der Wahltermine geht es um die immer häufigeren zwischenzeitlichen Nachwahlen von (Ober-)Bürgermeistern und Landräten. In manchen Landkreisen machen sie laut Weiß bereits ein Drittel aus. Bei den kürzlichen Landratswahlen lag die Wahlbeteiligung nur mehr um die 43%. Künftig kann ein Mandatsträger, der vier Jahre vor dem nächsten allgemeinen Wahltermin neu zu bestimmen ist, nur noch für den Rest der Wahlperiode gewählt werden. Sind es jedoch nur noch zwei Jahre oder weniger, ist eine Neuwahl auch für die nächste normale, fünfjährige Amtsperiode möglich. Höchstens kann ein Bürgermeister oder Landrat auf acht Jahre gewählt werden. Beckstein dachte an neun Jahre, einigte

sich aber mit den kommunalen Spitzenverbänden auf acht. Der Minister zeigte sich zuversichtlich, mit der Neuregelung in zwei Dritteln aller Fälle nach und nach die Harmonie mit den allgemeinen Kommunalwahlen wieder herstellen zu können und auch Kosten zu sparen.

Nur geringe Interessenkollisionen

Weitere Änderungen, die in der Landtagsdebatte eine Rolle spielten: Ein Kandidat kann von einer Stichwahl zurücktreten. Vertritt ein ehrenamtlicher Bürgermeister den Landrat, muss er die Leitung seiner Gemeinde seinem Stellvertreter nur noch dann überlassen, wenn es im Landratsamt um die eigene Gemeinde geht. Innenminister und CSU waren der Meinung, den Ehrenamtlichen dann völlig als Bürgermeister zu beurlauben, sei nicht nötig. Interessenkollisionen seien gering.

Ehrensold

Eine Aufwertung des Ehrenamtes bedeutet in Sicht von Staatsregierung und CSU auch die neue Bestimmung, dass der gewählte Landrats-Stellvertreter und seine Hinterbliebenen Ehrensold bekommen können. Bisher war das ausgeschlossen. Aufgehoben wird u. a. auch die Vorschrift, dass in Gemeinden bis zu 10000 Einwohnern die Mitglieder einer Familie nicht dem Gemeinderat angehören dürfen.

Opposition kritisiert „Demokratiefeindlichkeit“

Die Opposition blieb weitgehend ablehnend. Für die SPD erachtete Helga Schmitt-Businger insbesondere die Möglichkeit, dass ein Bürgermeister oder Landrat acht Jahre amtiert, als demokratiefeindlich. Die Lockerung der Landrat-Stellvertretung durch einen ehrenamtlichen Bürgermeister schaffe Interessenkonflikte. Die Ehrensoldregelung sei „mit unserem Verständnis vom Ehrenamt unvereinbar“. Die Gesetzesänderung sei teilweise „geradezu demokratiefeindlich“.

Grüne wollen Altersgrenze senken

Christine Kamm (Grüne) war gleicher Meinung. In der Frage des Quorums bei Bürgerentscheiden war sie für die vom Innenminister vergeblich vorgeschlagene 15%-Grenze. Die Grünen hatten einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der bei Bürgerentscheiden die Herabsetzung der Beteiligungsaltersgrenze von 18 auf 16 Jahre vorsah. Das lehnten sowohl CSU als auch SPD mit Verweis auf die in Artikel 12 der Bayerischen Verfassung verankerte Grenze von 18 Jahren für die Beteiligung an Landtagswahlen ab. In der Endabstimmung wurde die Regierungsvorlage mit der CSU-Änderung gegen die Stimmen beider Oppositionsfraktionen zum 1. September dieses Jahres in Kraft gesetzt. **rm**

Ein Landtagsmandat wandert von Mittelfranken nach Oberbayern

Zur Landtagswahl 2008 wird das Landes- und Bezirkswahlgesetz der Bevölkerungsentwicklung angepasst. Ohne Aussprache billigte der Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Staatsregierung. Demnach bekommt der Bezirk/Wahlkreis Oberbayern ein zusätzliches der 180 Landtagsmandate und stellt 58 statt bisher 57 Abgeordnete. Mittelfranken hat einen Sitz abzugeben und entsendet künftig nur mehr 24 statt 25 Kandidaten ins Maximilianeum. Die Zahl der Stimmkreise, in denen Direktkandidaten gewählt werden, sinkt von 13 auf 12. Das hat zur Folge, dass in den mittelfränkischen Stadt- und Landkreisen einzelne Stadtteile, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften neuen Stimmkreisen zugeordnet werden müssen. In Oberbayern bleibt dagegen die Zahl der Stimmkreise mit 29 unverändert. Das zusätzliche Landtagsmandat wird über die Wahlkreisliste Oberbayern vergeben. **rm**

Deutscher Bädertag 2006:

Wirtschaftsfaktor Heilbäder

Mit 26 Milliarden Euro Umsatz und 350.000 Arbeitsplätzen haben die 330 deutschen Heilbäder und Kurorte eine größere wirtschaftliche Bedeutung als die deutsche Automobilindustrie. Dies hob der Präsident des Deutschen Heilbäderverbands (DHV), Prof. Dr. Manfred Steinbach beim 102. Deutschen Bädertag im Ostseebad Damp hervor.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der „Wirtschaftsfaktor Heilbäder und Kurorte“. Darauf konzentrierte sich auch der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, MdB Ernst Hinsken, in seinem Eröffnungsvortrag. Er wies vor allem auf die Verzahnung von Kur und Tourismus hin. Besonders wichtig für die positive Entwicklung der Heilbäder sei die Verbesserung der

Heilbäder und Kurorte eine gute Chance am Markt haben. Ihre medizinische Kompetenz sei unbestritten. Sie müssten allerdings auch ihre besonderen Vorzüge bei der Servicequalität noch mehr kommunizieren. Vor allem sei es wichtig, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die beim Kunden Emotionen wecken.

Das vielfältige Bild des Kurorts fächerte DHV-Präsident

oder fernöstliche Behandlungsmethoden, ob sportliche oder kulturelle Veranstaltungen, Freizeitaktivitäten oder Events wie beispielsweise der Deutsche Walking-Tag - der Kurort sei, so Steinbach, ein „Kombiprodukt“ und müsse sich auch neuen Formen öffnen, diese aber in hoher Qualität anbieten.

Zu einer Marke werden

Heilbäder müssten zu einer Marke werden, sich als „modernes, vielseitiges Zentrum Kurort“ darstellen. Auch wenn es nicht den „typischen“ Urlaubsgast am Kurort gebe - immer spielte bei der Motivforschung der Gäste die medizinische

Kompetenz eine Rolle bei der Wahl ihres Urlaubsortes.

Heilmittel, die ureigensten Schätze der Kurorte, stellten bei auskömmlichen Preisen eine bedeutende wirtschaftliche Größe dar - „doch gerade hier stimmen die Erlöse nicht mehr“, führte DHV-Vizepräsident Prof. Rudolf Forcher aus.

Daran habe vor allem die restriktive Vergütungspraxis der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) beträchtlichen Anteil, obwohl Heilmittel nur mit 2,3 Prozent am Gesamtvolumen aller GKV-Ausgaben zu Buche schlagen. „Leider bezuschussen Krankenkassen lieber Heilmittelabgaben auf Schifffahrten von Reiseveranstaltern auf der Donau oder in osteuropäischen Hotels, als sich für die Abgabe der kurortspezifischen Heilmittel auf Rezept einzusetzen“ beklagte Forcher. **DK**

Landkreistagspräsident Theo Zellner:

Kraft der ländlichen Räume stärken

In den nächsten Wochen und Monaten werden auf staatlicher und europäischer Ebene die Einzelheiten für die künftigen europäischen Förderprogramme festgelegt. Der Chamer Landrat und Präsident des Bayerischen Landkreistages, Theo Zellner, fordert in Übereinstimmung mit dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Bauernverband, die ein gemeinsames 10-Punkte-Papier zur Stärkung des ländlichen Raums vorgelegt haben, dazu auf, die wirtschaftlichen Ressourcen der ländlichen Räume gezielt zu stärken: „Jede Region hat Potenziale, die erkannt, entwickelt und gefördert werden müssen. Der ländliche Raum blutet aus, wenn wir jetzt nichts zu seiner Stärkung unternehmen! Eine Konzentration der Politik auf die Interessen der Metropolregionen ist der falsche Ansatz. Die neue Devise „Die Starken stärken“ ist für mich eine fragwürdige Politik.“

Im ländlichen Raum leben fast 70 Prozent der Bevölkerung Deutschlands. Der ländliche Raum ist mit rund 23 Millionen Arbeitsplätzen ein bedeutender Wirtschaftsstandort, der über genügend Entwicklungspotentiale verfügt, die jedoch auch erkannt und entwickelt werden müssen.

60 Prozent aller Jobs und über die Hälfte aller Ausbildungsplätze werden von Unternehmen und Verwaltungen in ländlichen Gebieten bereitgestellt. Sie tragen damit erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes bei.

Auf Regionalförderung angewiesen

Die strukturschwachen ländlichen Räume sind aber auch in Zukunft auf eine leistungsfähige Regionalförderung angewiesen. Kürzungen von Seiten der EU bei Fördermitteln für den ländlichen Raum müssen deswegen durch entsprechende Unterstützung durch Bund und Land aufgefangen werden. Bei der Umsetzung der EU-Agrarpolitik sind die Kreisverwaltungen be-

reits heute ein wichtiger Dienstleister für die Landwirtschaft, wenn es um Förderanträge und Genehmigungen verschiedenster Art geht. Die Landkreise und die Landwirte haben ein gemeinsames Interesse daran, dass die Regelungen in der Agrarpolitik möglichst schlank und ohne immer neue bürokratische Hemmnisse umgesetzt werden.

Schelmischer Witz

„Du bist stets hellwach und hast ein untrügliches Gespür für die heiklen Seiten einer Angelegenheit, und Du bist immer auch in der Lage, diese plastisch und oft mit schelmischem Witz auf den Punkt zu bringen,“ so Herrmann. Huber sei ein „Macher“, der auch schon mal die Rolle des Antreibers übernommen habe, attestierte Herrmann dem Fraktionskollegen. Auch für diesen Einsatz sei die Fraktion Huber sehr dankbar. „Die Verwaltungsreform in Bayern wäre jedenfalls ohne Dich sicherlich nicht so weit gekommen.“

Allrounder

Als geborener „Allrounder“ habe Huber zudem nicht nur die bayerische Politik, sondern auch die Unions-Politik in Deutschland insgesamt mitgeprägt. Herrmann erinnerte an den unermüdeten Einsatz Hubers bei der Kanzler-Kandidatur von Edmund Stoiber 2002 im „Team 40 Plus“; zudem sei er einer der Verfasser des Regierungsprogramms 2005 bis 2009 von CDU und CSU gewesen, das in der Großen Koalition heute vielfach als Richtschnur für die Unionspolitik in Deutschland insgesamt diene. **DK**

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser

manchmal kann man sich über die Begriffe, die in den Medien verwandt werden, nur wundern.

So ist es zum Beispiel üblich geworden, von den deutschen Ländern als von den „Bundesländern“ zu sprechen. Dabei kennt das Grundgesetz diesen Begriff nicht. Dort ist nur von Ländern die Rede. Mit dem Begriff Bundesländer wird sprachlich schon vorgegeben, dass die Länder eine Einrichtung des Bundes sind!

Da sie das nicht sind, sollte man sich vielleicht doch etwas mehr um eine korrekte



So wird Preßburg hartnäckig ständig als „Bratislava“ bezeichnet. Der slowenischen Hauptstadt Laibach und der kroatischen Hauptstadt Agram geht es ähnlich. Sie werden in Deutschland

Mehr Achtsamkeit im Sprachgebrauch!

Bezeichnung bemühen. Oder sollen sie nur zu Provinzen degradiert werden?

Ähnlich verhält es sich mit der Nennung von ausländischen Städtenamen, die auch eine deutsche Bezeichnung haben. Keiner kommt auf die Idee, statt „Rom“ den italienischen Begriff „Roma“ zu verwenden. Es sagt auch kein Mensch „Prah“ zu Prag.

Anders verhält es sich mit Städten im südlichen und südöstlichen Raum.

fast nur als „Ljubljana“ und „Zagreb“ bezeichnet.

Vielleicht ist die Ferienzeit für die vielen Reisenden aus Deutschland auch die Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie Orte in Europa deutsch bezeichnet werden.

Der
Luitpold Braun

Sommer Sonne
Strand und Meer!?

Das passende Reise-Schnäppchen finden Sie unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Qualität aller Leistungen, ein wichtiges Werkzeug dafür die Qualitätsoffensive des Heilbäderverbands. Hinsken will mit dazu beitragen, dass in den nächsten zehn Jahren weitere 300.000 Arbeitsplätze im Bereich Kur und Tourismus geschaffen werden können.

Vorzüge kommunizieren

Thilo Braune, Präsident des Deutschen Tourismusverbands, zeigte sich überzeugt, dass die

Steinbach auf. Er hob hervor, dass von den jährlich 17 Millionen Gästen nur zwei Millionen eine Gesundheitsmaßnahme in Anspruch genommen haben, die von einem Kostenträger mitgetragen wurde. Weitere 2,5 Millionen waren Tagungsgäste, der große Rest aber kam als Tourist mit unterschiedlichen Motiven an den Ort. „Die Zukunft der Heilbäder liegt in ihrem Facettenreichtum“, sagte Steinbach.

Ob Rehabilitation oder Gesundheitsurlaub, ob Wellness

Wirtschaftsminister Erwin Huber zum 60. Geburtstag:

„Gestalter des modernen Bayern“

Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat den ehemaligen CSU-Generalsekretär, langjährigen Leiter der Staatskanzlei, Finanzminister und jetzigen Wirtschaftsminister Erwin Huber zu seinem 60. Geburtstag am 26. Juli als „Gestalter des modernen Bayern“ gewürdigt. Wie kein zweiter habe er sich „für unser Land und die Menschen im Freistaat“ eingesetzt - in München genauso wie in Berlin. Alle herausragenden Aufgaben, die er in den vergangenen Jahren angepackt hat, habe er voller Dynamik, Kraft und Tatendrang erfolgreich ausgefüllt.

Der Ministerpräsident hob hervor, dass sich Erwin Huber als „Markenzeichen bayerischer Fachkompetenz“ auch in Berlin auf Bundesebene größtes Ansehen erworben habe. Er bezeichnete den Jubilar als „bodenständigen Visionär“, der zutiefst überzeugt sei, dass Bayern auf der Basis einer reichen Geschichte, Kultur und Tradition die modernen Entwicklungen aktiv mitgestalten muss, wenn es auch in den kommenden Jahren an der Spitze marschieren soll.

Bundesweite Maßstäbe

Mit dem Namen Erwin Huber seien Meilensteine für den Weg Bayerns in die Zukunft verbunden, fuhr Stoiber fort. Der Ministerpräsident nannte die High-Tech-Offensive, die bundesweit Maßstäbe gesetzt habe für Arbeit und Wohlstand, die Verwaltungsreform für einen effizienten, handlungsfähigen und dynamischen Staat, die eGovernment-Initiative, den Ausbau des Medienstandorts Bayern und als neues Zukunftskonzept die große Cluster-Initiative.

Aufrechter Niederbayer

Als hervorsteckende Charaktereigenschaft von Erwin Huber bezeichnete Stoiber dessen

Stand-festigkeit: „Andere ducken sich weg, wenn der politische Wind ins Gesicht bläst. Erwin Huber aber bleibt immer der aufrechte Niederbayer.“ Der Ministerpräsident wünschte dem Jubilar für die Zukunft weiter „seine ansteckende Dynamik,



Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber.

Gesundheit und Schaffenskraft zum Wohle unseres Landes.“

Als einen Vollblutpolitiker mit schelmischem Witz würdigte der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, den bayerischen Wirtschaftsminister. Huber habe in den vergangenen Jahren immer wieder bewiesen, dass er sich in die unterschiedlichsten

grundlegende Strukturfragen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und ÖPNV gelöst werden.

Grundlegende Strukturfragen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und ÖPNV gelöst werden.

Faktor „Fläche“

Die bisher auf Einwohnerzahlen basierenden Systeme in der Finanzierung von Infrastruktur müssen durch den Faktor „Fläche“ ergänzt werden. Nur so können die Kostensteigerungen aufgrund Bevölkerungsrückgang und geringerer Auslastung flächenintensiver Infrastruktur zumindest teilweise abgefedert werden. Zellner: „Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise muss sowohl strukturell als auch quantitativ auf ein zukunftsfähiges Fundament gestellt werden. Ohne Sanierung der Kommunalfinanzen wird es im wahrsten Sinne des Wortes „dunkel“ werden ländlichen Raum!“

Ausgrenzung müsse durch bessere Aufklärung und gezielte Integrationshilfen verhindert werden, waren sich die Gesprächspartner einig. Zum Dialog von BdV und Grünen stellte Dürr fest, es gebe „in praktischen Fragen große Gemeinsamkeiten“. Der BdV-Vorsitzende seinerseits sprach sich nachdrücklich für die „Überwindung alter ideologischer Gräben“ aus. Es wurde vereinbart, den Meinungs- und Erfahrungsaustausch künftig kontinuierlich fortzusetzen. **□**

Gemeinsames Anliegen:

Erfolgreiche Integration der Spätaussiedler

Meinungsaustausch von Bündnis 90/Die Grünen und BdV-Bayern

Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, Dr. Sepp Dürr, und die Grünen-Landesvorsitzende Theresa Schopper sind mit Vertretern des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Bayern unter Federführung des BdV-Vorsitzenden, Landrat Christian Knauer, zu einem ausführlichen Meinungs- und Informationsaustausch im Maximilianeum zusammengetroffen. Die Integration der Spätaussiedler und die Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes standen dabei im Vordergrund.

Gegenstand des Gesprächs waren auch die Lage in den Herkunftsgebieten der Aussiedler und Vertriebenen sowie das Engagement des BdV in Bayern. Dürr und Schopper begrüßten den Einsatz des BdV-Bayern. BdV-Chef Knauer erklärte, der Zuzug von Spätaussiedlern und ihrer Angehörigen müsse „familienfreundlich“ gestaltet werden. Sepp Dürr nannte die erfolgrei-

che Integration der Spätaussiedler ein gemeinsames Anliegen. Theresa Schopper kritisierte, dass die Russlanddeutschen und ihre Angehörigen oft „als neues Feindbild“ dienten. Eine solche



Gespräch im Landtag (v. l.): BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, Grünen-Fraktionsvorsitzender Sepp Dürr und die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Theresa Schopper.

Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit:

Nur ein Lippenbekenntnis?

Tagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum im Rahmen der euregia Bodensee

„Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit - Lippenbekenntnis oder professionelle Praxis von Regionalmanagements?“ lautete das Thema einer Tagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum im Rahmen der euregia Bodensee in Friedrichshafen. Wie stark dieses Ziel künftig tatsächlich umgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten; Tatsache jedoch ist, so Andreas Raab (ALR), „dass Regionen in Zukunft noch stärker gefordert sein werden, sich zumindest in Teilbereichen von einer reinen Fördermittelorientierung abzukoppeln“.

Auch müsse im Sinne einer umfassenden regionalen Entwicklungspolitik der Säule Ökonomie eine stärkere Bedeutung zukommen, ohne die anderen Säulen Soziales/Kultur und Umwelt außer Acht zu lassen und damit wiederum ein starkes Ungleichgewicht zu Gunsten der Wirtschaftsentwicklung zu erzeugen, fuhr Raab fort. Er plädierte für einen „Professionalisierungsprozess“ nach österreichischem Vorbild. Dort hätten die Erfahrungen gezeigt, „dass es möglich ist, längerfristig tragfähige Strukturen für die eigenständige Entwicklung einer Region aufzubauen“.

PPP-Modell

Beispielhaft dafür steht die Tiroler Regio-Tech/Pilserseetal-Regionalentwicklung-GmbH: Deren Geschäftsführer Dr. Daniel Wibmer wies darauf hin, dass

bereits zwei Jahre nach der Regio-Gründung die GmbH als PPP-Modell gegründet wurde.

Regionalentwicklung

Die Geschäftszweige des Unternehmens sind Wibmer zufolge vielfältig: Neben dem regionalen Bildungs- und Dienstleistungszentrum bietet das Wirtschaftszentrum mit Betriebsbaugrund und Mieträumlichkeiten die volle Funktionalität eines regionalen Kompetenz- und Gründerzentrums.

Im Fokus der wirtschaftlichen Tätigkeiten steht heute aber die Regionalentwicklung selbst, nämlich im Rahmen eines „non profit-Geschäftsbereichs“, der für die eigene Region arbeitet. Darüber hinaus gibt es einen Profit-Bereich mit dem Service- und Beratungsschwerpunkt für andere Regionen und vornehm-

lich öffentliche Auftraggeber.

Hier schließt sich der wirtschaftliche Kreislauf eines heute erfolgreichen regionalen Unternehmens, das mittlerweile positiv bilanziert. Nach anfänglicher Skepsis seien die Gemeinden, so Wibmer, nun „stolz auf ihren Paradebetrieb, der längst für sie Dienstleistungen erbringt, die sie einzeln nicht schaffen würden“. Statt Auftragsvergaben an Firmen außerhalb der Region bleibe viel Geld und Kaufkraft in der Region. Zusätzlich werde Geld für die Region akquiriert - mit Aufträgen quer durch Europa.

Partnerschaftlich denken und handeln

Ländliche Entwicklung kann also nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, vernetzt und partnerschaftlich zu denken und zu handeln. Was das konkret bedeutet, zeigte Ute Vieting, Geschäftsführerin der Entwicklungsgesellschaft Region Hesselberg mbH am Beispiel dieser, den südlichen Landkreis Ansbach umfassenden mittelfränkischen Gegend auf. Die Region Hesselberg ist eine der 45 Leader plus-Regionen in Bayern.

Die Regionalentwicklung basiert Vieting zufolge mittlerweile auf drei Säulen: Die Entwicklungsgesellschaft ist eine der etablierten drei Säulen der regionalen Entwicklung in der Region Hesselberg. Sie vertritt Politik und Verwaltung. Die zweite Säule ist die Lokale Aktionsgruppe Altmühl-Wörnitz e. V. (LAAW), ein gemeinnützig anerkannter Verein mit 80 Mitgliedern und ca. 100 aktiven Bürgern, dem auch Kirchen, Vereine und Interessengemeinschaften angehören. Die dritte Säule ist die Region Hesselberg AG e. V., ein Zusammenschluss von Unternehmen aus der Region, der die regionale Wirtschaft vertritt.

Zukunftskonferenz

Mit der Zukunftskonferenz Wirtschaft und dem vierteljährlichen stattfindenden Unternehmererfahrungsaustausch schafft die Region laut Ute Vieting „eine Basis für mehr Verstehen, Wissen, Vertrauen, Kooperation,

gegenseitige Ergänzung, endogene Entwicklung und regionale Wertschöpfung“. Am Projekt Naturerlebnis Kappelbuck demonstrierte die Geschäftsführerin, dass nachhaltige Regionalentwicklung nicht allein marktwirtschaftlich gerechnet werden darf, sondern gesamtvolkswirtschaftlich betrachtet werden muss.

Projekte

Zusammen mit der Gemeinde, zahlreichen ehrenamtlichen Helfern und dem Landschaftspflegeverband wird am Kappelbuck entbuscht, ein Backhaus errichtet, der ehemalige Eiskeller restauriert und zur Versuchsanlage für Obstlagerung umfunktioniert, ein Platz zum Tanz unter der Linde geschaffen, ein Naturlehrpfad ausgeschildert und ein Parkplatz für Busse und Besuchergruppen angelegt.

Dieses Projekt dient der Förderung der regionalen Wirtschaft und nutzt das endogene Potenzial. Es generiert Tourismuseffekte für

Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel und bietet zusätzliche Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft, stärkt die Identifikation der Bürger mit der eigenen Region, fördert die Wertschätzung der eigenen Heimat, bietet Bildungs- und Kommunikationsmöglichkeiten für Jung und Alt und trägt schließlich durch den erhöhten Freizeitwert zur Stabilisierung der Bevölkerungszahlen in der Region bei.

Die richtigen Fragen stellen

Vietings Appell: „Geben wir den Menschen, geben wir uns das Wissen, die Fähigkeiten und die Chancen, die richtigen Fragen zu stellen. Zollen wir den Menschen und uns die angemessene Wertschätzung. Geben wir den Menschen den Raum, die richtigen Antworten zu finden. Geben wir den Menschen und uns die Möglichkeit, die Antworten auch umzusetzen. Dann gelingt eine nachhaltige regionale Entwicklung!“ DK

Lebendige Pfade ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Stichwahlteilnehmer, die Neufassung der Vorschrift zu Ersatzvornahme und Wahlprüfung sowie die Neufassung der Vorschrift über Nachwahl und Neuwahl. Die Änderungen bedingen auch Anpassungen anderer Gesetze. In diesem Zusammenhang sollen auch Unzulänglichkeiten, die sich bei der Durchführung von Bürgerentscheiden gezeigt haben, bereinigt werden.

Quorum bleibt

Beim Thema Quorum bleibt es allerdings laut Wegmann bei der bisherigen Lösung, was von den KPV-Mitgliedern mit wohlwollendem Beifall bedacht wurde. Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hatte eine Vorlage der Staatsregierung, nach der das Quorum bei Bürgerentscheiden abgesenkt werden sollte, nicht passieren lassen. Sie war damit den Befürchtungen kommunaler Spitzenverbände und zahlreicher Bürgermeister gefolgt.

Nach einer Initiative von Innenminister Dr. Günther Beckstein sollte speziell das Quorum für Gemeinden mit einer Größe von 20.000 bis 50.000 Einwohnern deutlich reduziert werden.

Stichwort Familienpolitik: „Die Weichen für spätere Erfolge in Schule und Beruf werden in der frühen Kindheit gestellt“, so die stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Renate Dodell. Die beste Grundlage für Bildungsgerechtigkeit der Kinder sei deshalb dann gegeben, je eher frühkindliche Bildung für alle Kinder einsetzt und je intensiver Eltern ihre Kinder ab der Geburt und in dieser Phase der Erziehung unterstützen. Die frühe Kindheit sei die wissbegierigste, lernintensivste und für den Spracherwerb sensibelste Phase.

Elternbildung

Die Politik müsse deshalb zunächst bei der Elternbildung ansetzen. Dodell: „Im Elternhaus entscheidet sich, ob frühkindliche Erziehung auf fruchtbaren Boden fällt.“ Starke Kinder benötigen starke Eltern. Erziehung müsse Orientierungen und Werte vermitteln, Kreativität fördern und Fehlentwicklungen wie ausufernden Fernsehkonsum verhindern. Die Schule könne später nicht reparieren, was in den Anfangsjahren falsch gemacht wurde.

Mit dem Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan habe der Freistaat als erstes Bundesland den Bildungsanspruch in der Kinderbetreuung gesetzlich verankert, fuhr die Politikerin fort. Mit dem neuen BayKiBiG

werde diese nun außerschulisch geregelt. Erstmals würden alle institutionalisierten Formen der Kinderbetreuung (Krippen, Kindergärten, Horte, altersgemischte Einrichtungen, Netze für Kinder) einschließlich der Tagespflege auf eine einheitliche gesetzliche Fördergrundlage gestellt. Im Mittelpunkt des Gesetzes stehe die Einführung der kindbezogenen Förderung. Während bislang alle Einrichtungen unabhängig von Öffnungszeiten und Zahl der betreuten Kinder pauschal gefördert worden seien, bemesse sich die Förderung ab 1. September 2006 individuell nach dem einzelnen Kind und der Betreuungszeit. So würden die Weichen für ein leistungsfähiges, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges System der Kinderbetreuung gestellt.

„Ja zum Kind“ entscheidet sich in der Gemeinde

Grundsätzlich, so die Landtagsabgeordnete, entscheide sich das „Ja zum Kind“ in der Gemeinde, da das unmittelbare Lebensumfeld der Familien in erster Linie die Kommunen gestalten. Wichtig seien ein ausreichender, bezahlbarer und bedarfsgerechter Wohnraum, eine aufgeschlossene Nachbarschaft, die Einbindung in Netzwerke, eine flexible und qualifizierte Kinderbetreuung, eine familienfreundliche Arbeitswelt sowie kinderfreundliche Angebote in der Gemeinde.

Alle Entscheidungen der Gemeinde- und Stadträte müssten sich am Kriterium der Familienfreundlichkeit messen lassen. Dodells Vorschlag: „Am besten ist wohl eine aktive Familienpolitik, die Bürgermeister sowie Stadt- bzw. Gemeinderat von sich aus leisten bis hin zur Familienverträglichkeitsprüfung für kommunale Entwicklung und Vorhaben (familienbeauftragter Gemeinderat, Familienreferent, Stadtverwaltung)“. Schließlich, so die Landtagsabgeordnete abschließend, wiesen aktuelle Studien unisono darauf hin, dass Familienpolitik in der Kommune durchweg „mehr Chance als Belastung“ sei.

Beispiel Höhenkirchen-Siegertsbrunn

Eine Chance bereits beim Schopf gepackt hat die Rathauschefin der Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Ursula Mayer. Sie ließ mitten im 9.500 Einwohner zählenden Ort, direkt neben einem Kindergarten, „das andere Seniorenzentrum“ mit betreutem Wohnen errichten. Kostenpunkt: 8,4 Mio. Euro. Planmäßig konnte das Haus im ver-

gangenen Juni bezogen werden, der Betrieb dort läuft seit 1. Juli. Das Seniorenzentrum gliedert sich in drei Teile: Pflegeheim, Betreutes Wohnen und Ambulantes Senioren-Informations- und Servicezentrum (ASS). Insgesamt bietet das Haus 72 Bewohnern Platz. „Dabei hatten 250 ältere Bürger Interesse an dem Projekt“, so die agile Bürgermeisterin.

Transparenz

Getreu dem Motto „Transparenz von Anfang an“ hat die Gemeinde zum Betrieb des Pflegeheims die Betreibergesellschaft GmbH „Wohnen am Schlossanger“ gegründet. Sie ist alleinige Gesellschafterin. Die Geschäftsführung obliegt einem erfahrenen Heimleiter. Das Pflegeheim arbeitet ausschließlich kostendeckend und nicht gewinnorientiert. Es gelten folgende Pflegestufen: Pflegestufe I: 83 Euro täglich, Pflegestufe II: 95 Euro und Pflegestufe III: 104 Euro täglich.

Verwirklicht wird der Anspruch nach Bezahlbarkeit und Qualität unter anderem durch folgende Vorhaben: Die Investitionskosten einschließlich Einrichtung in Einzelappartements (20 qm, keine Doppelzimmer) mit jeweils einer eigenen Sanitärzelle (4,6 qm; zusätzlich übersteigen 75.000 Euro je Einheit nicht. Eine weitere Entlastung der Investitionskosten erfährt der Pflegesatz durch einen Zuschuss des Landkreises München in Höhe von 1,3 Mio. Euro.

Die Zahl der notwendigen und der besetzten Stellen der Pflegekräfte wird täglich neu berechnet und auf einer Schautafel in der Eingangshalle bekannt gegeben. Soweit eine Stelle länger als zwei Wochen nicht besetzt wird, erhalten die Bewohner, ihre unterhaltspflichtigen Angehörigen oder die Träger der Sozialhilfe die durch die Nichtbesetzung eingesparten Gelder zurück. Und: Das Heim bietet dem Ministerium, der Pflegekasse, der Heimaufsicht und dem Bezirk Oberbayern an, Einsicht in seine Buchführung zu nehmen. Soweit durchweg „mehr Chance als Belastung“ sei.

Die Bewohner leben außerhalb ihres Wohnraums in vier familienähnlichen Wohngemeinschaften zusammen. Dabei wird gerade auf eine individuelle Pflege, bei der jedem Bewohner nach seinen speziellen Bedürfnissen Hilfe zuteil wird, großer Wert gelegt. Diese „Selbstverständlichkeiten“ werden Ursula Mayer zufolge kostenlos angeboten. DK

Bayern erhöht den ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Kommunen damit wesentlich stärker als die eigenen Ausgaben, die nach den ... in den letzten Zügen liegenden Verhandlungen mit den einzelnen Ministerien um ungefähr 1,5% steigen sollen: Die Bundesleistungen eingerechnet, steigt der bayerische FAG 2007 gegenüber dem Nachtragset 2006 sogar um 5,3% auf 6,011 Mrd. €. Summa summarum können Bayerns Kommunen nächstes Jahr mit rund 300 Mio. € mehr rechnen. Wie gewohnt, konnte der Finanzminister mitteilen, die kommunalen Spitzenvertreter hätten dem neuen Zahlenwerk zugestimmt. Dass es nicht ohne Gegensätze dazu kam, bestätigte Falthäuser. Die Verhandlungen seien phasenweise nicht leicht gewesen. Die Verbandspräsidenten hätten immer wieder an das Wort von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erinnert.

Überzogene Forderungen

Andererseits, merkte der Finanzminister vor der Presse an, habe er in veröffentlichten Erklärungen von kommunaler Seite Forderungen gelesen, die „weit überzogen waren“. Neben Kommunen in Not gebe es nicht wenige, die besser dastehen als der Staat. Falthäuser sprach von der Landeshauptstadt: Er habe es skandalös genannt, dass München bei seinen überproportional steigenden Steuereinnahmen die Zweitwohnungssteuer einführe. Vor dem abschließenden Spitzengespräch im Finanzministerium führte er Einzelgespräche mit allen vier Verbandspräsidenten. An der Schlussrunde nahmen ressortgemäß Innenminister Dr. Günther Beckstein und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Landtag, Manfred Ach, teil.

Forderung der Spitzenverbände

Mit der Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 11,6% auf 11,7% kam der Finanzminister einer zentralen Forderung der Spitzenverbände entgegen. Die Anhebung dient der „nachhalti-

gen Stärkung der freien Deckungsmittel“. Die Schlüsselmasse erhöht sich 2007 um 86 Mio. € auf 2,149 Mrd. €. Am 1. Februar 2007 tritt außerdem die 2. Stufe der Abschaffung der Solidarumlage in Kraft. Das ergibt nach den Berechnungen des Ministeriums eine Entlastung der Kommunen von 50% der „Solidarumlage netto“ im Wert von 70 Mio. €. Die Hilfe für besonders finanzschwache Kommunen wird um 5,2 Mio. € auf 20 Mio. € Bedarfszuweisungen aufgestockt.

Dem für den Staatshaushalt vom Ministerpräsidenten aufgestellten Grundsatz, die Investitionen zu stärken, wird auch im FAG entsprochen. Es gibt 2007 um 102 Mio. € mehr als heuer. Bei der Aufstockung der Gelder für den kommunalen Hochbau um 25 Mio. € auf 159 Mio. € wird insbesondere der vermehrte Bedarf beim Schulhausbau in Rechnung gestellt.

Investitionspauschale

Die Investitionspauschale nimmt um 20 Mio. € auf 155 Mio. € zu. Das Geld können die Kommunen nach eigenem Ermessen frei einsetzen. Damit verbunden ist auch eine weitere Erhöhung der Mindestinvestitionspauschale für Gemeinden auf 20.000 €. Für Straßenbau und -unterhalt stehen 216 Mio. € im FAG, 33 Mio. € mehr als 2006. Für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird der Ansatz um 24 Mio. € auf 72 Mio. € erhöht. Bei den Krankenhausinvestitionen bleibt es bei 453 Mio. €. Damit, sagt der Minister, könne das bisherige hohe Niveau gehalten werden.

Umlagesenkungen möglich

Beim aktuellen heiklen Thema der neuen Sozialhilfekosten gehen Minister und Spitzenverbandspräsidenten davon aus, dass mit der Anhebung des Sozialhilfeausgleichs um 25 Mio. € auf 565 Mio. € bei allen Bezirken Erhöhungen der Umlagesätze nicht nur vermieden, sondern sogar Umlagesenkungen möglich werden.

Einer gemeinsamen Protokoll-

erklärung zum FAG zufolge wird sich Bayern nachdrücklich dafür einsetzen, dass eine Entlastung der Kommunen von den Kosten, die aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) entstehen, um bundesweit 2,5 Mrd. € erreicht wird. Ein interkommunaler Ausgleich, an dem sich der Staat beteiligt soll sicherstellen, dass bei keinem Aufgabenträger ein Defizit entsteht. Der Landtag hatte als ersten Schritt zur Neuordnung des Kostenausgleichs zwischen Bezirken, Städten und Landkreisen zum 1. August dieses Jahres einen Härtefonds beschlossen (s. GZ 14 / 20.07.06).

Gemeinsamer Erfolg

Der Ministerpräsident begrüßte den neuen Finanzausgleich als großen gemeinsamen Erfolg. Der Sechsmilliarden-Euro-Pakt“ sei ein klares Signal für starke Kommunen in einem starken Bayern. Die Stärkung der Investitionskraft werde den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen. Über den FAG 2007 hinaus strebt der Ministerpräsident ein Bündnis mit den Kommunen an. Zentraler Punkt werde es sein, den kommunalen Finanzausgleich bis 2013 mindestens so zu steigern wie den gesamten Staatshaushalt. Die Staatsregierung strebe auch eine Neugestaltung der Unternehmenssteuern im Konsens mit den Kommunen an.

„Versuch der Wiedergutmachung“

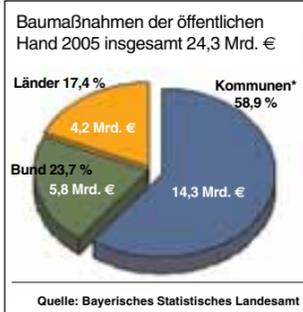
Die SPD-Landtagsfraktion sieht im neuen FAG den zumindest teilweisen Versuch der Wiedergutmachung der Staatsregierung für die massiven Kürzungen bei den Kommunen in den vergangenen Jahren. Trotz des gestiegenen Volumens könne die Staatsregierung noch immer kein ruhiges Gewissen haben, meinte Helga Schmitt-Bussinger, die kommunalpolitische Sprecherin der großen Oppositionsfraktion. Die minimale Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 11,6% auf 11,7% reiche nicht aus. Die Kommunen hätten 15% gefordert. rm

Nachhaltigkeit erfordert von den Kommunen mehr Investitionen und Bauen

Von Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband e. V.

Die Gesamteinnahmen der bayerischen Kommunen sind seit ihrem Tiefstand im Jahre 2002 wieder auf dem Weg nach oben. 2005 nahmen sie um 2,8 % zu, sie waren damit um 8,8 % über dem Niveau von 2002. Seit 2004 übertreffen die Einnahmen der bayerischen Kommunen wieder ihre Ausgaben, zuletzt deutlich. Ihr Finanzierungssaldo betrug 2005 599 Mio. € nach 89 Mio. € im Jahr zuvor. Diese Mehreinnahmen müssen die Kommunen hauptsächlich für Sanierung, Erhalt und Ausbau ihrer Infrastruktur ausgeben - im Sinne einer nachhaltigen Zukunftsvorsorge.

Als Gestalter des unmittelbaren Lebensumfelds des Bürgers sind die Kommunen ein bedeutender öffentlicher Bauauftraggeber. Von den Baumaßnahmen der öffentlichen Hand in Deutschland in Höhe von 24,3 Mrd. € werden 14,3 Mrd. € von Städten, Gemeinden und Landkreisen getätigt. Mit einem Anteil von



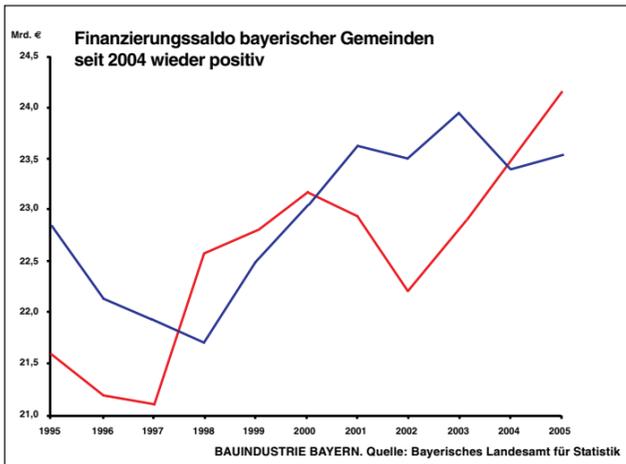
Die Kommunen sind der größte öffentliche Auftraggeber der deutschen Bauwirtschaft. □

58,9 % am gesamten öffentlichen Bauvolumen sind die Kommunen der mit Abstand bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber.

Kommunalhaushalte seit 2004 wieder im Plus

Begonnen hatte das neue Jahrhundert für die bayerischen Kommunen mit schweren Belastungen durch stark rückläufige Einnahmen aufgrund von Sondereffekten (Wechsel zum Halbeinkünfteverfahren). Die trotzdem weiter steigenden Ausgaben ließen die kommunalen Haushalte von 2001 bis 2003 defizitär werden. Ein deutlicher Zuwachs ihrer Einnahmen und ein rückläufiges Ausgabenvolumen brachte die Kommunalhaushalte 2004 wieder in ein leichtes Plus, das sich 2005 dann mehr als verdreifachte.

Die Verbesserung der kommu-



nalen Einnahmen ist hauptsächlich auf die Gewerbesteuer zurückzuführen. Von 2003 bis 2005 nahm deren Aufkommen um 65,4 % zu. Dieser hohe Zuwachs zeigt andererseits, auf welcher unsicheren Steuerquelle die Kommunen derzeit zu einem bedeutenden Teil angewiesen sind.

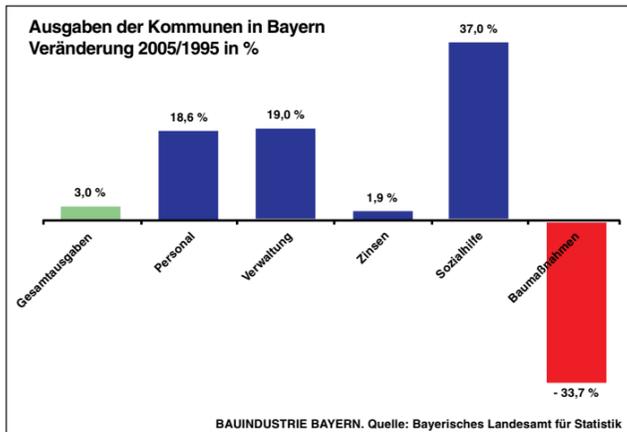
Zudem waren die kommunalen Mehreinnahmen aus dem Gewerbesteueraufkommen zwischen Stadt und Land höchst ungleich verteilt. Davon profitierten nämlich hauptsächlich die Kreisfreien Städte in Bayern.

Als Reaktion auf die Fehlbezüge in ihren Haushalten haben die Kommunen in den letzten Jahren aber nicht ihre laufenden Ausgaben beschränkt, sondern

hauptsächlich die Investitionen gekürzt. Der Großteil der kommunalen Investitionen besteht aus Baumaßnahmen. Seit 1995 nahmen diese um 33,7 % ab.

Wer am Bau „spart“, der zahlt später drauf

Bei den Bauausgaben zu sparen, das kann unter Umständen später teuer werden. Wenn Erhaltungsaufwendungen unterlassen, notwendige



Die Konsumausgaben der Kommunen steigen; Bauausgaben sind stark rückläufig.

Reparaturen und Sanierungsaufwand nicht getätigt werden, so zieht das oft weit höhere Folgekosten in der Zukunft nach sich. Wer an solchen Ausgaben „spart“, der fördert den Substanzverzehr, der verschleudert letztlich Geld des Steuerzahlers.

Hohes Erhaltungsdefizit bei Verkehrsinfrastruktur

Die Kommunen tragen Verantwortung für einen bedeutenden Teil des öffentlichen Vermögens. Dazu zählen kommunale

Vermögens noch dessen Wertverfall. Dieses Problem betrifft alle staatlichen Ebenen und die Folgen sind verheerend. Denn wer nicht weiß, wie es um den Wert seines Vermögens steht, der hat wenig Anreiz, mit Erhaltungs- und Sanierungsinvestitionen etwas dagegen zu unternehmen

Rückläufige Ausgaben für den Straßenbau

Seit 2001 nahmen die Ausgaben der Kommunen für den Straßenbau um 31,5 % ab.

Rückläufige Ausgaben für Abwasserentsorgung - trotz tickender Zeitbombe

Deutlich rückläufig sind die kommunalen Ausgaben für die

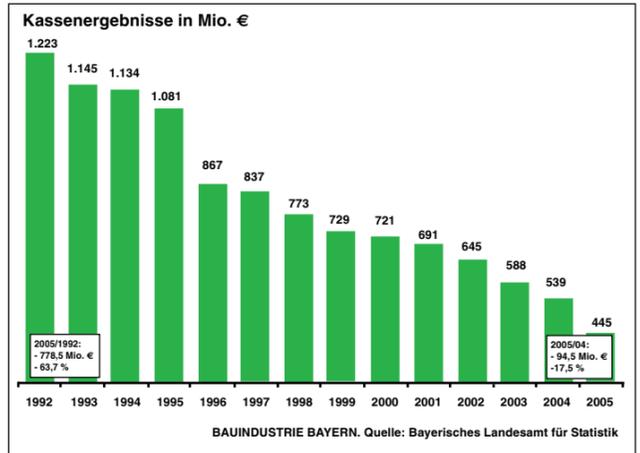
wasserentsorgung wie der Wasserversorgung auf große Unterstützung des Freistaats bauen. Doch diese Mittel laufen aus - und dies ist so richtig. Nachdem bayernweit nahezu Vollversorgung mit Kanälen erreicht ist, gibt es keinen Grund mehr, dass das Land - von Ausnahmen abgesehen - auf diesem Gebiet mit Fördergeldern tätig werden muss.

Privatwirtschaftliche Lösungsansätze

Die Kommunen sollten daher bei Wasser und Abwasser auf Gebührenfinanzierung umstellen. Bei beiden Kategorien ist genau zuordenbar, wer der Nutzer ist. Wasser und Abwasser können wie ein normales Gut bepreist werden. Eine Steuerfinanzierung ist jedenfalls nicht mehr nötig.

PPP-Leitfaden gibt konkrete Hilfestellung

Privatwirtschaftliche Lösungsansätze wie PPP (Public Private Partnership) oder die vollständige Privatisierung sollten nicht hauptsächlich deshalb zum Zuge kommen, weil die öffentliche Hand ihre Mittel anderweitig ausgibt. Für privatwirtschaftliche Lösungen spricht hauptsächlich der Effizienzgedanke: Häufig sind Private deutlich billiger als der Staat. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollen Staat und die Kommunen nur die Aufgaben übernehmen, die sie nachweislich besser erfüllen können.



Die Ausgaben bayerischer Gemeinden für Abwasserbeseitigung sind seit 1992 fast gedrittelt.

Häufig sind es aber nicht echte Probleme, sondern Vorbehalte, die PPP entgegenstehen. Das ist sicher oft auch die Folge von Unkenntnis oder eben fehlendem Pioniergeist. Hier hilft der Bayerische Bauindustrieverband: Gemeinsam mit Partnern vom Bau, Vertretern aus Ministerien und kommunalen Spitzenverbänden erstellen wir einen PPP-Leitfaden, der den Kommunen Hilfestellung bei konkreten Problemen mit PPP gibt. Erster und zweiter Band sind erschienen, der dritte wird im Herbst fertig.

Modernes Rechnungswesen

Damit die Kommunen künftig besser über den Wert ihrer Infrastruktur (Straßen und Kanäle) sowie ihrer Hochbauten Bescheid wissen, müssen sie baldmöglichst zu einem modernen Rechnungswesen mit Erfassung des Vermögenswertes und dessen Entwicklung im Lauf der Zeit übergehen. Die Kameralistik hat als ein über 450 Jahre al-

tes Rechnungslegungssystem ausgedient!

Noch zögern viele Kommunen, diesen Schritt zu tun, weil sie vor allem Probleme sehen, ihr gesamtes Vermögen zur Erstellung ihrer Eröffnungsbilanz richtig zu bewerten.

Hier ist der Bayerische Bauindustrieverband zusammen mit der vbw bereit, den Kommunen zu helfen. In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, dem Kommunalen Prüfungsverband, dem Gemeindetag und dem Landkreistag wird ein Leitfaden zur Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens erstellt.

Dieses „Vademecum“ für die kommunale Bilanz, das in Kürze veröffentlicht wird, soll den Kommunen Rechts- und Anwendungssicherheit mit detaillierten Beispielen und nachvollziehbarer Handhabung für die Praxis bieten. Dann gibt es für die Kommunen kein Hindernis mehr, die Kameralistik aufzugeben und ein modernes Rechnungswesen einzuführen. □

Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“

RA Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaates brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“

Prof. Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Mobilität braucht Infrastruktur

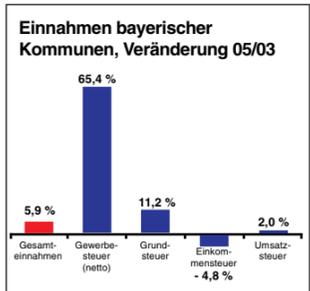


Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.



www.bauindustrie-bayern.de

Bauten, Straßen, Brücken, Kanäle und andere Aktiva. Doch aufgrund ihres veralteten Rechnungswesens, der Kameralistik, kennen sie weder den Wert ihres



Auch wenn sie jetzt wieder sprudelt - die Gewerbesteuer ist eine unsichere Steuerquelle.

Abwasserentsorgung. Seit 1992 nahmen sie um 63,7 % ab. Auch hier besteht das Risiko: Ausgaben vermieden - aber nicht gespart. Denn viele Kommunen haben ihre Ausgaben für die Abwasserentsorgung gekürzt, obwohl sie keine verlässlichen Daten über den Zustand ihres Kanalnetzes haben. Dafür sind umfangreiche Untersuchungen notwendig - und sie sind auch gesetzlich vorgeschrieben. Nach den Erkenntnissen der auf diesem Markt tätigen Ingenieurbüros und bauausführenden Unternehmen wird die seit 1995 bestehende Eigenüberwachungsverordnung von den Kommunen nur sporadisch und sachlich unzureichend umgesetzt. Die geplante flächendeckende Schadenserkennung bis zum Jahr 2005 ist ebenfalls nicht gewährleistet. Im Gegenteil: Aufgrund der prekären Finanzsituation der Kommunen wurde bereits eine Verlängerung der Fristen bei der Schadenserkennung und -kontrolle sowie eine Aufweichung von Grenzwerten gestattet.

Kanalnetz sanierungsbedürftig

Das ist kein auf Bayern beschränktes Problem. Fachleute halten ein Sechstel des öffentlichen Kanalnetzes in Deutschland für sanierungsbedürftig. Deutschlandweit dürften Schadenssummen von rund 75 Milliarden Euro zusammenkommen. Auf Bayern dürften rund 7,5 Mrd. € entfallen.

Möglicherweise tickt also bereits vielerorts eine Zeitbombe im Untergrund. Schätzungen zufolge dürften deutschlandweit rund 400 Millionen Kubikmeter aus defekten Abwasserkanälen entweichen - eine Menge, die einen Güterzug füllen würde, der zweieinhalbmal um den Globus reicht. Leckende Abwasserkanäle sind eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit.

Bislang konnten die bayerischen Kommunen bei der Ab-

Bald Energiesparnachweis für Schulgebäude und Rathäuser

BKPV wirbt für kommunales Energiemanagement - Dadurch Entlastung der Haushalte - Verträge mit externen Fachleuten nicht überstürzen

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) hat seinen Mitgliedern ein Energiemanagement nahe gelegt. Das Energiespar-Contracting sei keine moderne Erscheinung, sondern Ausdruck verantwortlichen Handelns. Fazit einer eingehenden BKPV-Studie: Allein durch eine regelmäßige Verbrauchsüberwachung in Verbindung mit Änderungen des Nutzungsverhaltens können 10 bis 20 Prozent der Energiekosten eingespart werden.

Das Thema, in Gebäuden beim Umgang mit der Energie haushälterischer umzugehen, beschäftigt den Bundestag bereits seit 30 Jahren. Mit dem am 29. Juli 1976 in Kraft getretenen Energieeinsparungsgesetz (EnEG) sind Anforderungen an den energiesparenden Wärmeschutz geregelt worden.

Ergänzend kam Anfang Februar 2002 die Energiesparverordnung (EnEV) hinzu. Diese hat die bis dahin gültige Wärmeschutz- und die Heizungsanlagenverordnungen ersetzt, um den CO₂-Ausstoß deutlich zu reduzieren. Damit wurde dem Kyoto-Protokoll zum UN-Übereinkommen Rechnung getragen - im Hinblick auf die Klimaänderungen.

dena-Gründung

Schließlich liegt der EU-Beschluss vom Juni 1998 zur Verringerung des Ausstoßes der Treibhausgase um 21 Prozent bis 2012 (gegenüber 1990) auf dieser Linie. In Berlin hat man sich allerdings nicht beeilt, die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vom Dezember 2002 in deutsches Recht umzusetzen. Das hätte spätestens im Januar 2006 erfolgen sollen. Immerhin, im Jahr 2000 wurde in Berlin die Deutsche Energie-Agentur (dena) gegründet. Gesellschafter sind neben der BRD die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Diese dena soll u.a. Planung und Gestaltung von Projekten zur rationalen Energienutzung fördern. Vor Ort übernehmen regionale E-Agenturen diesen Beistand, in Bayern mitgetragen von Stadtwerken, Landkreisen und Energieversorgern.

Appell an öffentliche Hand

Gestützt auf diesen Vorlauf kommt der BKPV dann zur Sache: Die erheblich gestiegenen Heizölpreise verdeutlichen dramatisch, dass Energie ein knapper werdendes Gut ist. „Einen Beitrag zur E-Einsparung und zum aktiven Klimaschutz zu leisten, sollte daher nicht nur Motivation für den privaten Verbraucher, sondern angesichts des großen Bestandes an

Liegenschaften gerade auch für die öffentliche Hand sein“. Dabei vergisst der Prüfungsverband nicht, auf die immer noch knappen Kassen der Kommunen anzuspielen.

E-Sparnachweis plakatieren

Sobald Berlin die 2002er EU-Richtlinie umsetzt - dazu muss die EnEV novelliert werden - wird es ernst. Dann wird der sogenannte energetische Nachweis nicht nur für Neu- und Umbauten, sondern für alle öffentlichen Gebäude mit über 1000 Quadratmeter Nutzfläche vorgeschrieben. „die von Behörden und von Einrichtungen genutzt werden, die für eine große Zahl von Menschen öffentliche Dienstleistungen erbringen und die deshalb von diesen Menschen häufig aufgesucht werden“.

Ergänzend schreibt Brüssel vor, den Aus(Nach)weis über die Gesamtenergieeffizienz „an einer für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Stelle“ anzubringen. Es sei damit zu rechnen, so der BKPV, dass sich der Gesetzgeber eng an dieser Vorschrift orientiere. „Da jede Kommune wenigstens über ein Gebäude verfügt, das die Kriterien erfüllt, wird sich die Verwaltung künftig mit der Energieeinsparung verstärkt auseinandersetzen müssen.“ Der öffentlich einsehbare Sparausweis muss neben Ist-Daten auch Hinweise auf Modernisierungspotentiale unter Gesichtspunkten der energetischen Effizienz enthalten.

Weitgreifendes Management

Das kommunale E-Management kann aus der Sicht des BKPV nur Bestandteil eines umfassenden Gebäudemanagements sein, auf dem alle langfristigen Planungen basieren. Dabei sollte das E-Management wirksame Verbrauchskontrollen, Schulungen sowie Prüfung der E-Sparerfolge vorsehen.

Nach Meinung des Prüfungsverbandes sollten bei allem zunächst nicht teure Externe eingespart werden. Vorschläge zu einfachen Schritten wie zum Einbau von Thermostatventilen

etwa in der Schule zur Optimierung der Raumtemperaturen könnten auch vom Hausmeister oder dem Lehrerkollegium kommen, ebenso die laufenden Kontrollen. Eine 50.000 Einwohnerstadt lasse das E-Management durch die Mitarbeiter

www.der-flexible-raum.de

Container Raummodule Hallensysteme

ihres Hochbauamtes erledigen.

Dennoch, der Aufwand für den Aufbau eines KEM (kommunales Energiemanagement) dürfe nicht unterschätzt werden. Vor allem für kleinere Kommunen stelle sich die Frage, ob Dienstleistungen externer Dienstleister überlassen werden sollen. Aber grundsätzlich sollte eine zentrale Stelle in der Verwaltung Koordination und Steuerung sämtlicher Vorgänge übernehmen. Der oder die Mitarbeiter würden dann üblicherweise als Energiebeauftragte oder -manager bezeichnet.

Schon seit längerem sind frei-

Seminar „Zukunftsaufgabe Innenentwicklung“:

Ländliche Gemeinden müssen ihre Vorteile herausstellen

Thierhaupten (pm). Der demographische Wandel führt in vielen ländlichen Gemeinden zu Überalterung, Leerstand und Funktionsverlusten der „identitätsstiftenden Dorfmitte“. Welche Strategien gibt es, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken? Mit diesem Thema beschäftigte sich die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten, an der auch der Bezirk Schwaben beteiligt ist, im Rahmen des Seminars „Zukunftsaufgabe Innenentwicklung“.

Wichtigstes Ergebnis der Tagung: Wenn man die Entwicklung steuern will, ist die Definition von klaren Zielen zur Zukunfts- und Siedlungsentwicklung hilfreich. Dabei gilt es auch, Bewusstsein für die Veränderungsprozesse in der Bevölkerung zu bilden, die Gemeinden müssen sich auf die veränderten Mentalitäten und Lebensstile der künftigen Generationen einstellen.

Tendenzen

Seminarleiter Andreas Raab stellte grundlegende Tendenzen und Entwicklungen im ländlichen Raum vor. Die Aktivierung

berufliche Ingenieurbüros aktiv, offerieren Energiesparkonzepte, Energiechecks oder andere Leistungen, die ohne Beachtung einer Vergabeverordnung vergeben werden dürfen. Beim Abschluss eines Energieeinspar-Contracts sollte der Leitaden der Deutschen Energieagentur zur Hand genommen werden.

Doch vor Abschluss empfiehlt der BKPV festzustellen, inwieweit einfache Maßnahmen nicht in eigener Verantwortung zu erledigen sind. „Für eine Feststellung, dass alle Fenster oder der alte Heizkessel ausgetauscht werden sollten, ist keine kostenpflichtige Beratung notwendig“. Kommt es dann jedoch zum Vertrag mit einem externen Berater, sollte die Koppelung von Erstellung des Einsparkonzepts und die Umsetzung der Vorschläge durch den Externen vermieden werden, auch im Hinblick auf Vorschriften der Vergabeverordnung.

Contracting-Abwicklung

Generell empfiehlt der Prüfungsverband noch, sich vor Inanspruchnahme einer Beratung zu erkundigen, wer die Gesellschafter oder Mitglieder der jeweiligen Agentur sind und ob eine neutrale und unabhängige Beratung garantiert ist. Schließlich geht es ggf. um kostspielige Investitionen. Die derzeit stark propagierte Contracting-Abwicklung könne der Kommune Vorteile bringen, dürfe aber nicht unkritisch gesehen werden. Bei allem steht der Prüfungsverband auch als Ratgeber bereit. **mhb**

Anhaltender Bausparboom

Bayerische Landesbausparkasse mit neuem Absatzrekord / Hoher Stellenwert der Immobilie

Die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) bleibt weiterhin auf Erfolgskurs. Sie erzielte im ersten Halbjahr 2006 einen neuen Absatzrekord. Die Bausparsumme wuchs um 15,7 Prozent auf 3,9 Milliarden Euro.

Bei der Bilanzpressekonferenz in München erklärte der Sprecher der Geschäftsleitung, Franz Wirthner, das Bausparen genieße nach wie vor einen hervorragenden Ruf und treffe auf einen großen Bedarf. Als Grund nannte er vor allem den hohen Stellenwert, den Immobilien bei der privaten Altersvorsorge haben.

Zweitbestes Neugeschäft

Im vergangenen Jahr erzielte die LBS mit einer Bausparsumme von über 7,1 Milliarden Euro das zweitbeste Neugeschäft in ihrer 77-jährigen Unternehmensgeschichte. Rund 120.000 neue Bausparer wurden registriert und 270.330 Bausparverträge abgeschlossen. Der Bestand der Bausparsumme erhöhte sich nach Wirthner seit 2000 um fünf Milliarden auf 45,3 Milliarden Euro zum Jahresende 2005. Die Spareinlagen waren 2005 mit knapp 1,7 Milliarden Euro um fast 30 Prozent höher als 2000.

Exzellentes Neugeschäft

Jeder achte Bayer besitzt mindestens einen LBS-Bausparvertrag. Ein Prozent aller privaten Sparausgaben in der Bundesrepublik wurde im vergangenen Jahr auf ein Bausparkonto der LBS Bayern eingezahlt. Dabei wächst die LBS Bayern stärker als der gesamte Bausparmarkt. Gemessen am eingelösten Neugeschäft verzeichnete der Gesamtmarkt 2005 einen Rückgang von zwei Prozent, während die LBS eine Steigerung um gut neun Prozent erzielte.

Rückläufig ist das Finanzierungsgeschäft. Im ersten Halbjahr 2006 wurden um 10,8 Prozent weniger Bauspardarlehen

vor, das mit dem festen Ziel, keine neuen Baugebiete am Ortsrand auszuweisen, formuliert wurde. Heute kann die Gemeinde auf einen lebendigen Dorfkern blicken und weist eine stabile Bevölkerungsstruktur auf.

Bürgermeister Helmut Himm-

ausgezahlt, nach einem Minus von 8,8 Prozent im Vorjahr. Den Grund sieht Wirthner in der historisch niedrigen Bautätigkeit und der geringen Verschuldungsbereitschaft. Der Anstieg der Baugenehmigungen in Bayern von Januar bis Mai 2006 um fast 40 Prozent sei überwiegend auf „Vorzieheffekte“ durch die Abschaffung der Eigenheimzulage zurückzuführen. Man könne deshalb noch nicht von einer Trendumkehr sprechen. Entscheidend sei, ob der aktuelle konjunkturelle Aufschwung Bestand habe.

Investitionen in IT-Technik

Das Betriebsergebnis vor Risikoversorge stagnierte allerdings im vergangenen Jahr mit 70,9 Millionen Euro. Für das laufende Jahr erwartet Wirthner sogar einen Rückgang auf rund 60 Millionen Euro.

Grund dafür seien hohe Investitionen in die elektronische Infrastruktur. Ziel sei es, die LBS enger an die IT-Technik der Sparkassen anzubinden. Über 1600 Sparkassenberater sind neben den eigenen rund 400 Außendienstmitarbeitern die wichtigsten Vertriebspartner der LBS.

Gesunde Kostenstrukturen

Abschließend betonte der Sprecher der Geschäftsleitung, dass die Saison für die LBS „sehr erfreulich“ verlaufe. Das Unternehmen gehöre „zu einem vitalen Verbund“ und könne sich auf einen „abschlusstarke Vertrieb“ verlassen. Es biete wettbewerbsfähige Produkte und verfüge über gesunde Kostenstrukturen. Das seien gute Voraussetzungen, um die LBS auf der Erfolgsspur zu halten. **E. Scholl**

auch parallel dazu, Strategien aufzubauen, um Schüler, Eltern und die regionale Wirtschaftsstruktur in Dialog zu bringen.

Konflikte bleiben nicht aus

Als ländliche Gemeinde im Umfeld der Metropolregion Nürnberg wird in Berg sehr restriktiv mit der Ausweisung neuer Baugebiete umgegangen. Dabei bleiben Konflikte nicht aus. Patentrezepte, so die Referenten, für die Innenentwicklung gebe es zwar nicht, entscheidend sei jedoch, sich Veränderungsprozessen und Zusammenhängen zu stellen und Entwicklungspotenziale zu erkennen. Im Seminar wurden verschiedene Sicht- und Herangehensweisen aufgezeigt und neue Ansätze über Planungsmethoden diskutiert.

Konsequenter Weg

Die vorgestellten Beispiele aus Österreich, Baden-Württemberg und Bayern zeigten, dass nur ein konsequenter Weg durch Steuerung in Verbindung mit der Definition von klaren Zielen zum Erfolg führen werden. Die ländlichen Gemeinden sollten den Kampf um Bevölkerungsgruppen mit den Verdichtungsräumen aufnehmen und klar darlegen, welche Qualitäten das Leben auf dem Land zu bieten hat. □



Seminarleiter Andreas Raab (links) und Referent Professor Günther Schöfl. Bild: Birgit Böllinger

Rechtliche Bedingungen

Dr. Franz Dirnberger vom Bayerischen Gemeindetag erklärte die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Außen- und Innenentwicklung. Kooperative Bodenpolitik und Bauleitplanung als Instrument der Entwicklungspolitik sind dabei die Schlagworte. In der Gemeinde Steinbach/Steyr (Oberösterreich) ist es gelungen, den historischen Dorfkern zu revitalisieren und mit Leben zu erfüllen.

Bürgermeister Dr. Christian Dörfel stellte das Entwicklungskonzept sowie das Leitbild für die Siedlungsentwicklung der oberösterreichischen Gemeinde

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle



Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34

Wussten Sie eigentlich, dass König Ludwig III im Jahre 1917 die Gründung einer Bayerischen Landessiedlungs Gesellschaft initiierte?

Bayerische Landessiedlung GmbH



Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern BLE:

Partner der Kommunen

Mit der Finanznot der öffentlichen Hände und der angespannten Haushaltslage sind immer weniger Kommunen in der Lage, notwendige Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen und über den Haushalt zu unterstützen. Bereits 1974 hat die Genossenschaftsorganisation die BLE, Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern mit dem Ziel gegründet, die Städte und Gemeinden, die sich seinerzeit mit Haushaltsproblemen konfrontiert sahen, wirksam zu unterstützen.

Im Zusammenwirken mit den Volks- und Raiffeisenbanken und der DZ BANK führt die BLE erfolgreich Modelle zur Finanzierung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen durch, die die Kommunen sowohl verwaltungs- als insbesondere auch haushaltsmäßig entlasten. Sie ist vornehmlich im Dienstleistungsbereich, aber auch als Baulandentwickler im eigenen wirtschaftlichen Risiko tätig.

Bislang konnte die Gesellschaft über 700 Finanzierungsbetreuungsverträge nach dem Kommu-

nalen Haushaltsmodell mit einem Finanzvolumen von mehr als 1,3 Mrd. Euro abschließen. Gleichzeitig sind über 100 Baulandentwicklungs- und Baulanderschließungsmaßnahmen realisiert worden, bzw. befinden sich in Bearbeitung. Die BLE ist in mehr als 300 Kommunen, überwiegend in Bayern, tätig.

Einzelinteressen koordinieren

Das Konzept im Bereich Baulandentwicklung zielt darauf ab,

die vielen Einzelinteressen zu koordinieren. Nur so kann der Weg freigemacht werden für eine Projekt-Planung und Realisierung, die auf die Gegebenheiten der Kommune, der Eigentümer, der städtebaulichen Vertretbarkeit und der Marktsituation abgestimmt ist.

Die Kriterien

Baulandentwicklung im eigenen Risiko bedeutet:

Fachtagung Städtebauförderung in Marktredwitz

Starke Städte und Gemeinden

Schmid: „Impulsgeber für zukunftsfähige Entwicklung“

„Bayern braucht aktive und leistungsstarke Städte und Gemeinden. Sie sollen Schrittmacher für die wirtschaftliche Entwicklung sein, den Zusammenhalt strukturschwacher und dünn besiedelter Regionen sichern und attraktive Lebens- und Wohnstandorte sein. Erklärtes Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es, in die Zukunft der Städte und Gemeinden zu investieren und sie bei der Gestaltung des stadtstrukturellen Wandels zu unterstützen. Die Städtebauförderung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die bayerischen Kommunen zu unterstützen“, betonte Innenstaatssekretär Georg Schmid anlässlich der Fachtagung der Städtebauförderung „Starke Städte und Gemeinden - Zukunft sichern“ in Marktredwitz.

Die Staatsregierung verfolgt verschiedene Strategien. Das Modellvorhaben „Leben findet Innenstadt“ zielt darauf ab, dass sich öffentliche und private Akteure in Innenstädten und Ortszentren strategisch zusammenschließen. In zehn ausgewählten Modellgemeinden arbeiten Einzelhändler, Gewerbetreibende, Immobilieneigentümer, Bewohner und Verwaltung gemeinsam an der Aufwertung und Weiterentwicklung eines Quartiers. Das verstärkte private Engagement für den eigenen Lebensraum steht auch hinter der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“. Durch Arbeitslosigkeit und die Konzentration sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen in bestimmten Vierteln nimmt die sozialräumliche Spaltung in vielen Städten und Gemeinden trotz guter Wohnraumversorgung zu. Um diese Stadtquartiere zu stärken, wird vor allem durch städtebauliche Maßnahmen zur Wohnumfeldgestaltung eine soziale Aufwärtsentwicklung eingeleitet oder präventiv einer Fehlentwicklung vorgebeugt. Ziel ist es,

- Erwerb von Rohbauland in einem möglichst frühen Planungsstadium
- Abwicklung von bodenordnerischen Maßnahmen auf freiwilliger Basis unter Berücksichtigung der Situation der Grundstückseigentümer
- Bauleitplanung: Auf Wunsch der Kommune kann die BLE bei der Bauleitplanung unter Einbeziehung der Marktsituation, der städtebaulichen Gestaltung und den Erfordernissen der Erschließung mitwirken. Die Planungshoheit bleibt bei der Gemeinde.
- Erschließung: Die BLE führt diese als Erschließungsträgerin

im Sinne des § 124 BauGB als Bauherrin selbst durch.

Vorteile für die Kommune bestehen darin, dass es die Möglichkeit der Abbedingung des 10 Prozent-Anteils an den Erschließungskosten BauGB gibt, zudem städtebauliche Leistungen einbezogen und leistungsfähige Firmen ausgewählt werden können, Kosten durch Nachverhandlungsmöglichkeiten reduziert und die Verwaltung durch den Wegfall von Beitragsbescheiden entlastet werden können.

Bauverpflichtungen

Die BLE stellt Bauwilligen den baureifen, erschlossenen und parzellierten Grundbesitz in unbautem Zustand zur Verfügung. Um die zügige Bebauung abzusichern, können Bauverpflichtungen vereinbart werden. Der Verkauf wird im Regelfall über die örtliche Raiffeisen- oder Volksbank, gegebenenfalls auch im Zusammenwirken mit der Schwäbisch Hall Immobilien GmbH abgewickelt. Der Käufer

kann in jedem Fall seinen Architekten frei wählen, ebenso wie die Handwerker und Bauunternehmen, mit denen er sein Gebäude errichten will. Das Gleiche gilt auch für die Wahl des Bankinstituts, mit dem der Erwerber seine Finanzierung durchführen möchte. Rückkaufverpflichtungen der Gemeinde für solche Grundstücke, die nicht innerhalb einer bestimmten Zeit verwertet werden können, bestehen nicht.

Einheimischen-Modell

In vielen Fällen wünschen die Kommunen, dass bei der Veräußerung der Grundstücke einheimische Bauwillige den Vorzug erhalten. Die BLE kann bei der Realisierung dieses „Einheimischen-Modells“ den Vorstellungen der Kommunen in vielfältiger Weise Rechnung tragen. Die Entscheidung, ob die BLE Baulandentwicklung und -erschließung im eigenen Risiko durchführen kann, wird von ihr nach marktpolitischen Gesichtspunkten getroffen. **DK**

Konjunkturerholung in der bayerischen Bauwirtschaft:

Positiver Trend hält im Sommer an

Die im Frühjahr nach elf Rezessionsjahren am Bau einsetzende Stimmungsaufhellung im bayerischen Baugewerbe hält auch im Sommer an, so Helmut Hubert, der Präsident der bayerischen Baugewerbeverbände. Das insgesamt gute Klima entspreche der deutlich verbesserten Geschäftslage. Um diese auszubauen zu können forderte der Präsident bei einem Pressegaspräch in München Konsequenzen der Politik in Brüssel, Berlin und der bayerischen Landeshauptstadt.

Der baugewerbliche Umsatz in Bayern lag für den Zeitraum Januar bis Mai 2006 um 7,2% höher als vor einem Jahr. Die Auftragseingänge lagen von Januar bis Mai sogar um fast 19% über den Werten der Vorjahresmonate. „Die Aufträge des Frühjahrs sind die Umsätze des Sommers. Wir erwarten deshalb im Sommer nochmals eine deutliche Steigerung der Bauproduktion“, so Hubert.

Die Bayerischen Baugewerbeverbände sind die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände des mittelständischen bayerischen Baugewerbes und vertreten 71 Innungen mit ca. 4.500 Betrieben und etwa 70.000 Beschäftigten.

Trendwende am Beschäftigungsmarkt

Die positive Umsatz- und Auftragsentwicklung beginnt sich inzwischen auch bei der Beschäftigung niederzuschlagen. „In diesem Jahr könnten wir die lang ersehnte Trendwende am Beschäftigungsmarkt schaffen. Zwar ging die Zahl der Beschäftigten im bayerischen Baugewerbe im Vorjahresvergleich im Zeitraum vom Januar bis Mai wegen des langen Winters leicht um 1,5% zurück. Doch angesichts der vollen Auftragsbücher hoffen wir, in diesem Jahr im Jahresdurchschnitt erstmals seit 1995 keinen weiteren Beschäftigungsrückgang zu erleben.“

Niedrige Baupreise

Die Baupreise sind bei Steigerungsraten von 1% - 2% weiterhin sehr niedrig. Die sprunghaft gestiegenen Stoffkosten konnten wegen des starken Wettbewerbs nicht voll auf die Baupreise aufgeschlagen werden. Im Straßenbau spüren die Betriebe die gestiegenen Rohstoffkosten am deutlichsten. Allein die Bitumenpreise sind seit Juni 2005 um über 55 Prozentpunkte gestiegen.

Der Wohnungsbau konnte angesichts im ersten Quartal um 48% gestiegener Wohnungsbau genehmigungen und einer bereits im Frühjahr um 15% höheren Wohnungsbauleistung am meisten von der anziehenden Konjunktur profitieren. Auch der

Wirtschaftsbau ist mit rund 10% Umsatzwachstum im Plus.

Sorgenkind öffentlicher Bau

Als „Sorgenkind“ bezeichnete Hubert hingegen den öffentlichen Bau. Hier habe das Umsatzwachstum in Bayern von Januar bis Mai bei lediglich 1,7% gelegen. Allerdings seien die Auftragseingänge im März und April im Vergleich zum Vorjahr um sehr kräftige 30% gestiegen, was auf ein deutliches Umsatzplus bis in den Herbst hoffen lasse. „Für das nächste Jahr sind wir aber weniger optimistisch. Es bleibt abzuwarten, wie negativ sich vor allem die Mehrwertsteuererhöhung auf die Baukonjunktur auswirken wird“, schränkte Hubert ein.

Lob zollte Hubert der Staatsregierung für die Förder-Entscheidung von 21 neuen Krankenhausbauvorhaben mit einem Investitionsvolumen von 135 Millionen Euro. Viel zu wenig werde im Straßenbau investiert. Allein die Erhaltung - insbesondere der Bundesfernstraßen - erfordere dringend zusätzliche Mittel. Das gleiche gelte für die Instandhaltung der Wasser- und Abwasserleitungen.

Steigende Lohnnebenkosten

Heftige Kritik richtete der Präsident an die Adresse der Bundesregierung bezüglich der Lohnnebenkosten. Steigende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge würden ebenso zu untragbaren Belastungen der Unternehmen beitragen wie die Rahmenbedingungen der gesetzlichen Unfallversicherung und der Beiträge zur Berufsgenossenschaft. Wenn man nicht mutwillig den Kollaps des ganzen Systems herbeiführen wolle, bestehe dringender Reformbedarf in diesem Bereich. Die Baubetriebe zahlen derzeit das Sechsfache (!) des Durchschnitts aller Wirtschaftszweige - nämlich 7,8% aus der Bruttolohnsumme.

Scharf kritisiert wurde auch die EU-Kommission ob ihrer neuen Leitlinien zur Vergabe kleiner öffentlicher Aufträge, die viel zu bürokratisch und mittelstandsfreundlich seien; so entstände ein neues „Vergaberechtsregime“. **□**

Empfehlung der Henzler-Kommission wird umgesetzt:

Einheitliches Basis-Vergabehandbuch für Bauleistungen

Bayern führt ein einheitliches, für alle staatlichen Verwaltungen bindendes, Basis-Vergabehandbuch für Bauleistungen (VHB Bayern) ein. Damit setzt Bayern beim Vergaberecht eine Empfehlung der Henzler-Kommission zur Deregelierung um. Innenminister Dr. Günther Beckstein sagte, es sei ein echter Fortschritt für Bayern, dass jetzt ein Basis-Vergabehandbuch für eine korrekte und einfache Anwendung der Vergabevorschriften vorliegt.

Beckstein: „Mit dem Vergabehandbuch Bayern lichten wir den Bürokratie-Dschungel aus unterschiedlichsten Formularen, Vordrucken und Bescheinigungen bei der Vergabe von Bauleistungen. Die Vereinheitlichung und die benutzerfreundliche Gestaltung des Handbuchs entlasten die Bauherren ebenso wie die Bauwirtschaft und die staatliche Verwaltung.“

Der Bund gibt derzeit gesonderte Vergabehandbücher für die Bereiche Hochbau, Straßen- und Brückenbau sowie Wasserbau heraus, die trotz vieler materieller übereinstimmender Regelungen völlig unterschiedlich in Aufbau und Inhalt sind. Da sowohl für die Auftraggeberseite und besonders auch für die Bauwirtschaft einheitliche Regelungen und Formblätter zur sicheren Kalkulation und zur Vermeidung von Fehlern bei der Angebotsbearbeitung notwendig sind, hat nun Bayern ein weitgehend einheitliches Basis-Vergabehandbuch erarbeitet und eingeführt. Beckstein forderte den Bund auf, nach dem Vorbild Bayerns ebenfalls eine Vereinfachung beim Vergaberecht einzuleiten.

Das neue bayerische Basis-Vergabehandbuch ermöglicht den Bietern durch die inhaltlich und optisch vereinheitlichten Formblätter, Bewerbungsbedingungen und Vertragsbedingungen eine sichere Kalkulation der Angebote. Der Vorteil besteht darin, dass diese für alle Bauaufträge der staatlichen Vergabestellen gleich sind. Das Basis-Vergabehandbuch kann ab sofort im Internet unter www.vergabehandbuch.bayern.de abgerufen werden. Es steht damit auch den kommunalen Vergabestellen, denen die Anwendung empfohlen wird, sowie den freiberuflich tätigen Architektur- und Ingenieurbüros zur Verfügung. **□**

Nürnberg, Germany
13. - 16.9.2006

GaLaBau 2006

17. Internationale Fachmesse Urbanes Grün und Freiräume
Planen - Bauen - Pflegen

Inspiration für die Zukunft

www.galabau.info-web.de

Veranstalter
NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 911.86 06-49 90
besucherinfo@nuernbergmesse.de

NÜRNBERG MESSE

acqua alta 2006 in Hamburg:

Präsentation des neuen EU-Hochwasserschutzprogramms

3. Internationale Fachmesse und Kongress für Hochwasserschutz, Klimafolgen und Katastrophenmanagement vom 13. bis 15. September

Die europäischen Umweltminister haben sich Anfang Juli 2006 auf ein neues gemeinsames Hochwasserschutzkonzept geeinigt. Die Mitgliedstaaten wollen in den nächsten Jahren Überflutungsrisiken gezielter abschätzen, Karten für stark gefährdete Gebiete entwerfen und Notfallpläne erstellen. Die konkreten Einzelheiten des neuen EU-Programms werden neben zahlreichen anderen aktuellen Themen anlässlich der acqua alta 2006 in Hamburg vorgestellt. Die 3. Internationale Fachmesse und Kongress für Hochwasserschutz, Klimafolgen und Katastrophenmanagement findet vom 13. bis 15. September 2006 im CCH-Congress Center Hamburg statt.

„Die Menschen realisieren, dass das Risiko für Überflutungen stetig zunimmt“, so der österreichische Umweltminister, Josef Prüll, der derzeit den Ratsvorsitz innehat. Die EU habe jetzt ein neues Planungs- und Strategieinstrument, um Menschen vor Hochwasser zu schützen. Es sei unumstritten, dass aufgrund des Klimawandels mit immer mehr Überschwemmungen gerechnet werden müsse. Auch die Ausmaße dieser Überschwemmungen würden weiter zunehmen.

Ein bedeutender Risikofaktor aller Hochwasserschutzmaß-

nahmen ist die technische Vorhersage von Überschwemmungen. Erst eine rechtzeitige und präzise Vorhersage führt zur Gefährdungs- und Schadensminderung. Das Institut für Wasser und Umwelt (DHI) hat deshalb ein Hochwasservorhersagesystem entwickelt, das besonders zuverlässig ist.

Vorhersagesystem

Bislang wurden weltweit mehr als 40 dieser Hochwasservorhersagesysteme aufgebaut. Über seine Erfahrungen beim Einsatz

dieser technischen Systeme wird Dr. Ole Larsen auf dem Fachkongress der acqua alta berichten.

Das Kongressprogramm der acqua alta präsentiert in Plenarveranstaltungen mit begleitenden Foren das gesamte Spektrum rund um Hochwasserschutz, Klimafolgen und Katastrophenmanagement. Kernthemen des ersten Kongressstages sind die Folgen des Klimawandels, die Prognosen der Wissenschaft und die Antworten der Politik auf diese Herausforderung.

Themenfelder

Am zweiten Kongresstag stehen die Themen Küstenschutz und die langfristige Hochwasservorsorge im Vordergrund. Der dritte Kongresstag ist dem Risiko- und Katastrophenmana-

gement gewidmet - einschließlich der besonderen Probleme der medizinischen Notfallvorsorge.

Politik und Verwaltung

In Hamburg werden zahlreiche nationale und internationale Experten vertreten sein, die sich in den genannten Themenfeldern einen Namen gemacht haben. Aus dem Bereich Politik und Verwaltung sind die zuständigen Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung vertreten sowie die EU-Kommission und zahlreiche Landesministerien.

Wissenschaft

Aus dem wissenschaftlichen Bereich sind unter anderem dabei: das Geoforschungszentrum, Potsdam, das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften, Kiel, das Bundesumweltamt sowie das Oceanographic Laboratory, Liverpool. Aus den USA werden Vertreter des Department of Homeland Security, Washington, und des Emergency Operation Center, New Orleans, zur acqua alta erwartet. □

Klimawandel und Hochwasserschutz

Fränkische Saale im Blickpunkt europäischer Experten
Einzig deutsche Fallstudie im Projekt ESPACE

Für Experten aus vier Ländern stand kürzlich die Fränkische Saale im Blickpunkt: Wissenschaftler, Techniker und Kommunikationsexperten trafen sich in Bad Kissingen zum Erfahrungsaustausch. Denn im Flussgebiet der Fränkischen Saale wird der Hochwasserschutz im Zeichen des Klimawandels besonders intensiv untersucht.

Ein neues Internetangebot mit zahlreichen Karten stellt die bisherigen Ergebnisse der Fallstudie der Öffentlichkeit vor: www.klimaprojekt-espace.bayern.de.

Handlungsempfehlungen

In dem bayerischen Projekt werden die Auswirkungen des Klimawandels auf den Wasserhaushalt und damit auf Hochwasser genau unter die Lupe genommen und daraus Handlungsempfehlungen entwickelt. Das bayerische Umweltministerium fördert das bis 2007 laufende EU-Projekt mit rund einer Million Euro. Vor wenigen Monaten wurde es erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.

Generalthema

Mit dem Klimawandel umgehen und dessen Auswirkungen gezielt einbeziehen - das ist das Generalthema des EU-Projekts ESPACE, an dem mehr als 30

Fachleute aus Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Deutschland in zehn Projekten mitarbeiten. Das Flussgebiet der Fränkischen Saale ist als einzige deutsche Fallstudie darin vertreten. Das Landesamt für Umwelt untersucht die Auswirkungen des Klimawandels auf die Flussgebietsplanung. Hochwasserrisiken werden auch in zwei weiteren Projekten behandelt: die englische Umweltbehörde untersucht die Thememündung als Fallstudie, das niederländische Umweltministerium prüft mit Rechenmodellen die Auswirkungen regionaler Klimafolgen auf den Hochwasserrückhalt in der Fläche. Das EU-Projekt ESPACE (European Spatial Planning: Adapting to Climate Events) wird aus dem europäischen Strukturfonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert.

Wasserhaushaltsmodell

Mit einem maßgeschneiderten mathematischen Wasserhaushaltsmodell wollen die LFU-Fachleute den Klimawandel und dessen Folgen für die Hochwassergefährdung und Hochwasserschutz-Planung berücksichtigen. Erste Ergebnisse aus der Saale-Studie sind bereits umgesetzt worden: im technischen Hochwasserschutz wird bayernweit seit kurzem ein Sicherheitszuschlag von 15 Prozent als sogenannter Klimaänderungsfaktor zur bisherigen Bemessung aufgeschlagen.

Bereichsermittlung

Nun sollen in der Fallstudie die Überflutungsbereiche ermittelt werden, die sich bei den prognostizierten Klimaänderungen vergrößern werden. Das Wasserwirtschaftsamt Bad Kissingen hatte dazu als Planungsgrundlage bereits an der gesamten Saale die derzeitigen Bereiche ermitteln lassen, die bei Hochwasser unterschiedlicher Stärke überflutet werden. □

Abwasserentsorgung in der Gemeinde Großmehring:

SüdWasser GmbH übernimmt technische Betriebsführung

Ab 1. Juli 2006 übernimmt die SüdWasser GmbH im Auftrag der Gemeinde die technische Betriebsführung der Abwasserentsorgung (Kläranlagen und Pumpwerke) von Großmehring. Horst Volkmer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Großmehring, und Johannes Schneider, Geschäftsführer der SüdWasser GmbH, unterzeichneten einen entsprechenden Vertrag, mit dem die Verantwortung für den Betrieb der Anlagen auf die SüdWasser übergeht. Die SüdWasser GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der E.ON Bayern AG.

Die Anlagen bleiben unverändert im Eigentum der Gemeinde, die Festlegung der Abwassergebühren liegt weiterhin in den Händen der Kommune, die auch nach wie vor Trägerin der Abwasserentsorgung bleibt. Im Gemeindebereich sind derzeit 6.000 Einwohner angeschlossen. Jährlich werden rund 500.000 m³ Abwasser über fünf Pumpwerke zu den zwei Kläranlagen geleitet und dort gemäß den gesetzlichen Vorgaben behandelt. Zu den betreuten Anlagen gehören auch drei Regenklärbecken, neun Regenrückhaltebecken und die 60 km lange Hauptleitung.

Verlässlicher Kostenrahmen

Die Gemeinde Großmehring erhält durch die Vergabe der Betriebsführung an SüdWasser einen verlässlichen, stabilen Kostenrahmen für die Abwasserbeseitigung. Der Vertrag mit SüdWasser beinhaltet auch die thermische Verwertung des anfallenden Klärschlammes, so dass für die Gemeinde auch in diesem problematischen Bereich langfristig Entsorgungssicherheit gegeben ist. Außerdem ist die SüdWasser für die Einhaltung der

Kommunale Kläranlagen:

DWA-Leistungsvergleich

Die Leistung der deutschen Kläranlagen befindet sich auf einem unverändert hohen Niveau. Bei der Stickstoffelimination kann in den vergangenen Jahren eine kontinuierliche Steigerung beobachtet werden. Dies stellt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) in ihrem aktuellen Leistungsvergleich kommunaler Kläranlagen fest. Der Leistungsvergleich beruht auf den Eigenkontrollmessungen der Kläranlagen. Am Leistungsvergleich 2005 beteiligten sich 6109 kommunale Kläranlagen, was einer Beteiligung von 92 Prozent entspricht.

Die Konzentrationen biologisch abbaubarer Substanzen im Kläranlagenablauf liegen in den letzten zehn Jahren durchweg niedrig. Vergleicht man die Zu- und Ablaufkonzentrationen an organischen Stoffen, so ergibt sich ein Abbaugrad von weit über 90 Prozent. Auch die Phosphorkonzentrationen erweisen sich als unverändert gering. Bei Phosphor handelt es sich ebenso wie bei Stickstoff um einen Pflanzennährstoff, der im Gewässer übermäßige Algenentwicklung verursachen kann.

Die Ablaufkonzentrationen von Stickstoff (ebenso wie Phosphor) sind in der Abwasserordnung erst für große Kläranlagen über 10 000 Einwohnerwerte begrenzt. Von 2002 bis 2005 zeigt sich bei den großen Kläranlagen eine kontinuierliche Zunahme des Stickstoffabbaus von 74 auf 82 Prozent.

Hohe Abbaugrade

Bemerkenswert ist, dass auch Kläranlagen, für die keine gesetzlichen Anforderungen an die Ablaufkonzentration der Nährstoffe bestehen, hohe Abbaugrade für Stickstoff erreichen. Auch unter Berücksichtigung der kleinen Kläranlagen ergibt sich im bundesweiten Mittel eine Abbauleistung von 81 Prozent. Die Abbauleistung für Phosphor liegt im bundesweiten Durchschnitt bei 90 Prozent.

Die Kosten der Abwasserentsorgung in Deutschland sind im

behördlich festgesetzten Grenzwert verantwortlich.

Der Mitarbeiter der Abwasseranlagen bleibt bei der Gemeinde angestellt und wird auch künftig die Betreuung der Anlagen durchführen. Er wird jedoch fachlich durch erfahrene Ingenieure und Meister von SüdWasser unterstützt und geführt. SüdWasser übernimmt auch die Urlaubs- und Krankheitsvertretung des kommunalen Mitarbeiters. Dadurch kann die Gemeinde Personalkosten einsparen.

Leistungsfähiger Partner der Kommunen

SüdWasser unterstützt vorwiegend die von E.ON Bayern mit Strom belieferten Kommunen und Industriebetriebe in den Bereichen der Abwasserent- und Wasserversorgung. Als leistungsfähiger Partner liefert sie den Bürgern und der Industrie Wasser in bester Qualität und sichert die Abwasserentsorgung auf einem technisch hohen Niveau. Hierbei werden Synergieeffekte durch die Vielzahl der betreuten Anlagen sinnvoll genutzt und kommen den Bürgern und Vertragspartnern aus der Industrie zugute. □

Hochwasserschutz:

Große Fortschritte an der Loisach

Der Hochwasserschutz an der Loisach macht große Fortschritte. Davon überzeugten sich Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard zusammen mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden MdL Renate Dodell sowie den Bürgermeistern von Oberau, Eschenlohe, Ohlstadt, Großweil und Schlehdorf bei einer Loisachbereisung mit Fachexperten.

So werde der Gießenbach in Oberau, der 1999 als typischer Wildbach den gesamten Ort überschwemmt hat, mit Hochdruck ausgebaut. Nach den Worten Bernhards soll der Hochwasserschutz am Gießenbach noch im Herbst weitestgehend fertig gestellt sein. Voll im Plan lägen auch die Bauarbeiten für das hochwassergeschädigte Eschenlohe. Durch den Abriss der alten Brücke wurde bereits ein wesentliches Abflusshindernis für die Loisach durch den Ort beseitigt. Bis Ende 2006 soll der größte Teil der Hochwasserschutzmaßnahmen in Eschenlohe ausgeführt und bis 2007 fertig gestellt sein.

In der Gemeinde Ohlstadt soll das Wasser aus dem Dorfbach in einem Bogen um den Ortskern herumgeleitet werden. Bernhard: „Wenn der nötige Platz fehlt, muss auch an außergewöhnliche Maßnahmen gedacht werden.“ Zugleich lobte der Staatssekretär die erfolgreiche Renaturierung an der Loisach bei Großweil. „Hier wurde der Uferstreifen in vorbildlicher Weise wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzt. Auf fünf Kilometer Fließstrecke haben Äschen, Forellen und Mühlkoppen wieder den Lebensraum erobert.“

Im Schlehdorfer Ortsteil Unterau wurde nach dem August-Hochwasser 2005 ein Deich zum Schutz der Wohnbebauung knapp einen Meter erhöht. Bei Überflutung soll das Hochwasser ins Loisach-Kochelsee-Moor abgeleitet werden. Bernhard versicherte, dass die Arbeiten für den Hochwasserschutz auf hohem Niveau weitergeführt würden. □

Der Dienstleister für Kommunen im Bereich Trinkwasser und Abwasser

Wege der Zusammenarbeit:

- Betriebsunterstützung
- Betriebsführung
- Kooperations- und Betreibermodelle

SüdWasser GmbH, Nägelsbachstraße 38-40, 91052 Erlangen
T 0 91 31-9 33 07-5 50, F 0 91 31-9 33 07-55 79
info@suedwasser.com, www.suedwasser.com

SÜDWASSER
Ein Unternehmen von E.ON Bayern

Regierung von Oberfranken:

Flusskonferenz Weißer und Roter Main

Eine erste Flusskonferenz hat die Regierung von Oberfranken zeitnah zum Extremhochwasser im Mai 2006 für die Betroffenen aus den Einzugsgebieten des Weißen und Roten Mains veranstaltet. An der Tagung nahmen Bürgermeister und Angehörige der Verwaltungen aus den 15 Anliegergemeinden, alle einschlägigen Hilfsorganisationen wie THW und Rotes Kreuz sowie staatliche Behörden (Wasserwirtschaftsämter, Kreisverwaltungsbehörden) teil.

Die Themenpalette umfasste die regionale Klimaentwicklung und deren Folgen für das Abflussverhalten der Flüsse ebenso wie Informationen zum Hochwassernachrichtendienst, der modern über Internet sichergestellt wird. Hochwassereinsatzpläne wurden vorgestellt, die Regeln der Katastropheneinsatzplanung erläutert und Erfahrungen über den Einsatz beim Maihochwasser ausgetauscht.

Für die Zukunft gewappnet

„Dieses Hochwasser soll uns nicht umsonst getroffen haben. Wir wollen daraus lernen, um für die Zukunft noch besser als schon bisher gewappnet zu sein“, betonte Regierungsvizepräsident Wilhelm Wenning bei seiner Begrüßung. Auswertungen des Landesamtes für Umwelt zeigen, dass sich die Niederschläge in Oberfranken messbar ins Winterhalbjahr verlagern und konzentrieren. Bei den sich verringern den Sommerniederschlägen wächst die Neigung zu lokalen Starkregenereignissen, wie sie in den vergangenen Wochen im Fichtelgebirgsraum mehrfach beobachtet wurden.

Schäden in Millionenhöhe

Wenn der Trend sich fortsetzt, muss in der Konsequenz an den oberfränkischen Flüssen zunehmend mit Extremabflüssen gerechnet werden, die vor allem die Oberlaufregionen vor Probleme stellen. So war das Maihochwasser 2006 am Weißen Main im Raum Bad Berneck bis Kulmbach ein Jahrhunderthochwasser, das Schäden in Millionenhöhe hinterließ.

Die Tagung zeigte auf, dass die aus der Wetterbeobachtung

MdB Klaus Hofbauer zur Gewässerqualität:

Gefahrloser Badespaß

Zu Medienberichten über Zweifel an der Qualität deutscher Badegewässer hat der umweltpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Klaus Hofbauer, erklärt: „In Badeseeen und an Meeresstränden in Deutschland kann gefahrlos geplänscht werden. Berichten, die Misstrauen gegenüber der Wasserqualität wecken sollen, entbehren jeglicher Realität. Bundesumweltminister Gabriel darf derartige Zweifel an deutschen Badegewässern nicht zulassen.“

Der aktuelle Bericht der EU-Kommission zur Qualität der Badegewässer spricht eine deutliche Sprache: 99 Prozent der Meeresstrände und 94 Prozent der Seen und Flüsse in Deutschland verheißten ungetrübten Badespaß. Dazu wurden laut Hofbauer insgesamt 1.942 offizielle Badestellen während der Badesaison alle 14 Tage untersucht.

EU-Prüfstatistik

Mit einem Mahnverfahren gegen elf Mitgliedsländer, unter anderem auch Deutschland, will die EU derzeit klären, aus welchen Gründen die Länder in den vergangenen Jahren Badestellen aus der EU-Prüfstatistik herausgestrichen haben. Da die Länder dies aber erst seit der im März verschärften europäischen Badegewässer-Richtlinie offiziell gegenüber der EU begründen müssen, sei die Einleitung eines Mahnverfahrens reichlich

abgeleiteten Niederschlagsprognosen außerordentlich schwierig sind. Folgerichtig beinhalten Abflussvorhersagen, die sich noch nicht auf konkrete Pegelmessungen beziehen können, große Unsicherheiten. Andererseits liegen die Vorwarnzeiten in den Oberläufen des Roten und Weißen Mains bei ein bis drei Stunden, sind demzufolge zu kurz, um Abwehrmaßnahmen in größerem Umfang ergreifen zu können. Die bestmögliche Information wird durch die Staatliche Wasserwirtschaft für jedermann zugänglich im Internet unter der Adresse www.hnd.bayern.de bereitgestellt.

Bauliche Vorsorge konsequent verfolgen

Als eines der wichtigsten Ergebnisse der Tagung wurde festgehalten, dass die bauliche Vorsorge durch geeignete Maßnahmen, sei es Rückhalt oder baulicher Schutz, vordringlich und konsequent weiter in Angriff genommen werden muss. In Oberfranken werden in den nächsten Jahren noch mindestens 130 Mio. Euro in den Technischen Hochwasserschutz investiert werden müssen.

Aktionsprogramm 2020

Der Freistaat Bayern hat im Rahmen des Aktionsprogramms 2020 landesweit rund 23 Mrd. Euro für das Erreichen eines Schutzes vor hundertjährigem Hochwasser eingeplant. Weitere Flusskonferenzen für den Fichtelgebirgsraum, für den oberen Main und die Frankenwaldzuflüsse sowie für das Regnitzinzugsgebiet werden ab Herbst 2006 stattfinden. **DK**

übertrieben, betonte Hofbauer.

Während manche Bundesländer nun Gründe für hunderte gestrichener Badegewässer nennen müssen, habe beispielsweise Bayern seine Begründungen längst abgegeben: Seit 1990 wurden nur elf Gewässer aus der Prüfliste gestrichen. Die Gründe für Streichungen seien vielfältig, bedeuteten aber nicht, dass Verschmutzungen verheimlicht werden sollen. Vielmehr seien Doppelmeldungen, Nutzungsänderungen der Gewässer z. B. zu Angelgewässern oder schlicht deren Schließung mangels Badender häufige Ursachen für die Streichung eines Gewässers aus der Badeliste. Erheblichen Einfluss auf die Anzahl der europäischen Badegebiete, die nicht ausreichend beprobt wurden, hätten laut EU-Bericht die vier neuen EU-Mitgliedstaaten, die 2005 erstmalig Daten für den jährlichen Bericht übermitteln mussten. **□**



Vor der Erinnerungstafel freuen sich Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert (r.) und dessen Vorgänger Dr. Georg Sinnacher (l.) sowie Bürgermeister Georg Schwarz (2.v.l.), Wasserwirtschaftsamtchef Wolfgang Arnoldt und Landtagsabgeordneter Alfred Sauter.

Neuburg/Landkreis Günzburg:

Latente Gefahr ist Schnee von gestern

Der Schutz vor Hochwasser in Neuburg/Kammel ist abgeschlossen. Rund 1,6 Millionen Euro wurden in dem Markt im Landkreis Günzburg investiert. „Die latente Gefahr durch die Kammel gehört nach menschlichen Ermessen ab heute der Vergangenheit an“, betonte Bürgermeister Georg Schwarz bei den Einweihungsfeierlichkeiten vor zahlreichen hochrangigen Ehrengästen.

Auslöser für die Hochwasserfreilegung war das verheerende Hochwasser im Jahre 2002. Mit Rückendeckung des Marktrates und auf Drängen der Staatsregierung stellte der Markt Neuburg im November 2002 den Antrag auf Hochwasserfreilegung. Im Juli 2003 waren sich der Markt Neuburg, der Bezirk Schwaben und das Wasserwirtschaftsamt Krumbach einig. „Doch plötzlich erteilte uns die Nachricht, dass die Staatsregierung aus Gründen der Sparsamkeit kein Geld zur Verfügung stellen könne. „Aus großspurigem Drängen war Blockade geworden“, sagte Schwarz. Doch durch Umplanungen sei es gelungen über ein Förderprogramm der Europäischen Union 46 Prozent der 1,6 Millionen teuren Maßnahme finanziert zu bekommen. Die restlichen 54 Prozent teilten sich der Bezirk Schwaben und der Markt Neuburg.

Umfangreiche Maßnahmen

Im April vergangenen Jahres erfolgte der Spatenstich. 1350 Meter entlang der innerörtlichen Kammel wurden im wahrsten Sinne „umgekrempelt“. Es folgte eine Verbreiterung des Gewässerbettes mit geringer Sohleintiefung, der Bau von Ufermauern und Hochwasserdeichen und zweier beweglicher Absperrbauwerke. Im Bereich der Kammelbrücke wurde die Engstelle beseitigt und mit Spundwänden und Natursteinen verkleidet. In das Gewässer wurden strömungsleitende Buhnen und Wassererlebensflächen in Form von Flachwasserzonen integriert.

Erforderlich war zudem der Erwerb von Grundstücken für die Flussverbreiterung, Deiche und Mauern von insgesamt 6500 Quadratmetern sowie für ökologische Ausgleichsmaßnahmen von 15.258 Quadratmetern.

„Vorzeigeprojekt“

Wie Josef Schuster vom Planungsbüro Schuster Engineering, betonte, konnte die Kammel vor dem Ausbau lediglich 35 Kubikmeter Wasser pro Sekunde aufnehmen. Jetzt sind es 66 Kubikmeter und zusätzlich sorgt noch ein Freibord mit 50 Zentimetern für Sicherheit. Knackpunkt war stets die innerörtliche Kammelbrücke gewesen. Die konnte aber von 7,50 Meter auf 12,50 Meter aufgeweitet werden.

Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert sprach von einem „vorbildlichen Vorzeigeprojekt in Neuburg“. EU-Abgeordneter Markus Ferber ging auf die Sinnhaftigkeit

von Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern zweiter und dritter Ordnung ein.

Baudirektor Wolfgang Arnoldt von der Servicestelle Krumbach des Wasserwirtschaftsamtes Donauwörth freute sich, bei diesem nachhaltigen Bauwerk mitgewirkt zu haben. „Das Geheimnis des Erfolges in Neuburg war der feste Wille in einer nicht einfachen Situation etwas zu tun“, sagte Landtagsabgeordneter Alfred Sauter. **□**

Keine Liberalisierung der Trinkwasserversorgung!

Veranstaltung der Gemeinde Bibertal in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung

„Wasser ist Leben“ und muss in kommunaler Hand bleiben. „Schimpfen Sie Ihren Bürgermeister nicht, wenn die Sanierung von schadhafte Wasserleitungen zu Gebührenerhöhungen führt. Seien Sie vielmehr bereit, Gebührenerhöhungen mitzutragen, wenn es um die Aufrechterhaltung Ihrer Wasserversorgung und um die Reduzierung von Wasserverlusten in den Trinkwasserleitungen geht.“ Dies war die Schlussbotschaft von Herbert Mair in seinem Vortrag „Krieg um Wasser?“ in der Gemeinde Bibertal, Landkreis Günzburg.

Die Veranstaltung kam in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung zu Stande. Am Beispiel Israels und seiner Nachbarländer erläuterte der ehemalige ARD-Korrespondent Herbert Mair, wie Trinkwasserknappheit zu politischen und kriegerischen Auseinandersetzungen führen kann.

Der Referent kam direkt aus Israel. Dort drehte er in den vergangenen Wochen für das ORF einen Film und war für die OECD als Wahlbeobachter tätig. Schon der Sechs-Tage-Krieg im Jahre 1967 sei von Israel unter anderem deshalb geführt worden, weil mehrere süßwasserführende Flüsse, die Israels Trinkwasserquellen darstellen, damals von Nachbarländern beansprucht wurden.

Auch das heutige Zögern Israels, besetzte Gebiete im Westjordanland zu räumen, hat in erster Linie mit den Wasserquellen des Jordans und mit den reichlichen Grundwasservorkommen in der palästinensischen Westbank und auf dem Golan zu tun. Hier wird deutlich, wie schnell das Hauptlebensmittel „Wasser“ zum Zankapfel der Politik werden kann.

Aber auch in Europa gibt es erste Anzeichen, dass Wassermangel zum politischen Problem wird. So tritt in Südeuropa immer öfter der Streit zwischen der Landwirtschaft und den Tourismusregionen um das knapper werdende Wasser zu Tage. „Die Sahara ist in Europa angekommen“, so Mair.

Kommunale Selbstbestimmung

In Deutschland ist laut Mair der Öffentlichkeit die Wichtigkeit des Mediums Wasser wegen des derzeit noch reichlichen Vorkommens noch nicht bewusst. So spannte der Referent einen Bogen zur Kommunalpolitik in Deutschland.

Die Politiker in Deutschland warnte er dringend, den Verlockungen einer Liberalisierung des Wassermarktes zu erliegen: „Das geht zu Lasten einer sicheren und vor allem qualitativ einwandfreien Trinkwasserversorgung. Unser wichtigstes Lebensmittel darf nicht von Konzernen kontrolliert werden, sondern muss in der Selbstbestimmung der Städte und Gemeinde bleiben.“ **Hans Joas**

VERKEHRS- BERUHIGUNG

ohne Investitionen und ohne zusätzliche Planstellen.



Unser mittelständisches Unternehmen bietet seit vielen Jahren den bayerischen Kommunen Personaldienstleistungen im Bereich der kommunalen Verkehrsüberwachung an. Dabei stellen wir im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung qualifiziertes Personal sowie die komplette Technik und Material zur Verfügung. So werden unsere Kunden in die Lage versetzt, die Verkehrsüberwachung – ohne zusätzliche Planstellen und ohne Investitionen – im eigenen Hause selbst durchzuführen.

Diese dezentrale Struktur wird der immer lauter werdenden Forderung nach Bürgernähe gerecht. Der zuständige Sachbearbeiter sitzt im eigenen Rathaus.

Unsere Abrechnungsmethode pauschal nach Aufwand (z.B. Kosten pro Verstoß) auf Grundlage fälschungssicherer Dokumente (Bilder, Protokolle etc.) ist übersichtlich, leicht nachzuvollziehen und somit überprüfbar.

Unsere Kunden ahnden mit unserer Hilfe Verkehrsverstöße von der Erfassung über die Verarbeitung bis hin zum kompletten Verwarnungs- und Bußgeldverfahren. Hierbei richten wir uns streng nach den Richtlinien des Bayerischen Innenministeriums.

Die Kompetenz der GKVS erstreckt sich über den gesamten Bereich der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs.

Für nähere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung. Lernen Sie uns kennen – kostenlos und unverbindlich!



Partner der



Bayerischer Gemeindetag/Kreisverband Nürnberger Land:

Von LEP bis Netzentgelte

In der Heimat des Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, fand auf dessen Einladung hin die turnusgemäße Versammlung des Kreisverbandes Nürnberger Land statt. Nach der Begrüßung des Kreisvorsitzenden, Feuchts erstem Bürgermeister Konrad Rupprecht, informierte Brandl kurz über die Gastgeberstadt Abensberg und sprach anschließend über aktuelle Themen, die den kommunalen Spitzenverband derzeit bewegen.

Enttäuscht zeigte sich Brandl über die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP), das entgegen der Ankündigung von Ministerpräsident Edmund Stoiber auf den Kommunalforen in Dinkelsbühl und Rosenheim „ohne ernsthafte Diskussion unserer konstruktiven Änderungsvorschläge und ohne Rücksicht auf die Anliegen der Gemeinden im ländlichen Raum“ entschieden worden sei. Die große Chance, den Gemeinden im ländlichen Raum eine Zukunftsperspektive zu geben, sei nicht genutzt worden, bedauerte Brandl.

Mehr Spielraum bei Einzelhandelsprojekten!

Mehr Spielraum für die kommunale Selbstverwaltung wäre bei Einzelhandelsprojekten dringend notwendig. Als kleinen Hoffnungsschimmer wertete der Gemeindetagspräsident indes die Resolution der CSU-Landtagsfraktion, in der sie die Staatsregierung auffordert, im Rahmen von Teilfortschreibungen des LEP das System der zentralen Orte und ihrer Verflechtungsbereiche sowie die Gebietskategorien grundlegend zu überprüfen.

Insbesondere der Prüfauftrag, inwieweit die Fachfestlegungen im Einzelhandel einer Neuausrichtung bedürfen, sei hierbei ein zentraler Punkt, stellte Brandl fest. Bis spätestens Ende 2007 müsse man hier zu einem akzeptablen Ergebnis kommen. „Die Bürgerinnen und Bürger werden nämlich kein Verständnis dafür haben, dass der Freistaat ihren Gemeinden auch in Zukunft im Detail vorschreibt, welche Geschäfte er vor Ort zulässt und welche nicht.“

Bildungspolitische Baustellen

Auf die Bildungspolitik in Bayern eingehend, verwies der Präsident unter anderem auf folgende „Baustellen“: Schließung von Teilhauptschulen, G8, Büchergeld, Einschulungsstichtag und Erwachsenenbildung. Die Gemeinden erwarteten, dass situationsgerecht, fair und zukunftsorientiert gehandelt wird, so Brandl. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der weiterhin hohen Übertrittsquoten in weiterführende Schulen seien nach der Schließung der Teilhauptschulen auch viele Haupt- und Grundschulen im

ländlichen Raum in ihrer Existenz bedroht. Weite Schulwege für die Kinder und finanzielle Mehrbelastungen für die Gemeinden (Gastschulbeiträge, Schülerbeförderungskosten) drohten.

Datenautobahn

„Die Gemeinden müssen schnellstmöglich an die modernen Datenautobahnen angeschlossen werden“, so eine weitere Forderung des Gemeindetagspräsidenten. Alle Rathäuser, aber auch die Gewerbetreibenden auf dem Lande sowie - langfristig - alle Bürgerinnen und Bürger müssten die Möglichkeit bekommen, die moderne Technologie zu nutzen. Die Gemeinden dürften nicht abgehängt werden. Der ländliche Raum wolle nicht die Schlusslichter der Entwicklung sehen. Brandl: „Wenn der Freistaat seinem Anspruch als High-Tech-Standort genügen will, muss er mit uns zusammen daran gehen, dieses Defizit schnellstmöglich zu beseitigen.“

In punkto neues Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz verwies Brandl darauf, dass dieses zwar durchaus ordentliche Ansätze biete, jedoch die Umsetzung in die Praxis einfacher gestaltet werden müsse.

Netzentgeltumwandlung

Ein Thema, das den Energieversorgungsunternehmen in den Gemeinde- und Stadtwerken auf den Nägeln brennt und ihrer Existenz bedroht, ist die Netzentgeltumwandlung. Wie der Geschäftsführer der Feuchter Gemeindewerke GmbH, Helmut Dammer, hervorhob, habe die Bundesnetzagentur in der Öffentlichkeit eine unrealistische Erwartungshaltung zum Preissenkungspotenzial geschaffen - mit der Folge, dass jetzt offensichtlich das Genehmigungsverfahren auf eine Senkung der Netzentgelte ohne Rücksicht auf die tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten ziele.

Verkannt werde dabei, dass die Senkung der Netzentgelte den Anstieg der Strompreise nicht spürbar verringern könne. Deswegen sei das Netzent-

geltthema nur ein Nebenkriegsschauplatz.

Anstieg der Energiepreise

Die eigentlichen Ursachen liegen Dammer zufolge im starken Anstieg der Energiepreise am Weltmarkt und bei den Strompreisen an den Strombörsen. Der Geschäftsführer verwies auf die Ankündigung der Regulierungsbehörden, die Kosten des Netzbetriebs nicht voll anzuerkennen. Sie würden damit in einer höchst fragwürdigen Weise die rechtlichen Vorgaben durchgehend einseitig zum Nachteil der Unternehmen präsentieren.

Die Zeche zahlt der Verbraucher

Damit werden sie laut Dammer dem Ziel des Gesetzgebers, nämlich leistungsfähige Netze zu erhalten, nicht gerecht und berücksichtigen nicht die Folgen für die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Netzbetreiber. Dammer rechnete auf, dass dieses Verfahren dazu führe, dass die Erlöse aus dem Netzbetrieb voraussichtlich um 35 Prozent einbrechen und nicht nur für die Feuchter Gemeindewerke erhebliche wirtschaftliche Probleme entstehen. „Am Ende zahlt der Verbraucher die Zeche“, bilanzierte der Geschäftsführer.

Weitere Diskussionspunkte

Siemens-Mitarbeiter Helmut Zunner präsentierte anschließend ein PPP-Modell zum Thema Energiesparcontracting. Dabei stellte sich heraus, dass bereits mehrere Kommunen im Landkreis Nürnberger Land ein solches Modell anwenden.

Nach der Abwicklung der Gesellschafterversammlung der Vereinigung der Gemeinden des Landkreises Nürnberger Land zur Förderung des Kabelprojekts in der Region 7 diskutierten die Bürgermeister über weitere Themen, die die Gemeinden beschäftigen, so zum Beispiel über die Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes im Nürnberger Land oder die Frage, ob Gemeinden von der gesetzlich geschaffenen Möglichkeit, den Betrieb von Autowaschanlagen auch an Sonn- und Feiertagen per Verordnung zu ermöglichen, Gebrauch machen. **DK**

Einweihung des Museums der Stadt Miltenberg:

„Schmuckstück deutscher Baukunst“

Als „Schmuckstück deutscher Baukunst, in dem Geschichte lebendig und unmittelbar erfahrbar wird“, hat Kunstmaler Thomas Goppel das Museum der Stadt Miltenberg bei der Einweihung der erweiterten Museumsanlage in Miltenberg bezeichnet. Goppel: „Die Darstellung der Baugeschichte begleitet die Besucher durch die verschiedenen Teile des Museums. Das setzt sich bei der Museumserweiterung eindrucksvoll fort.“

Ein besonderes Anliegen bei der Konzeption und Errichtung des Miltenberger Stadtmuseums war es, museumsfachliche und denkmalpflegerische Anliegen miteinander zu vereinbaren. Der neue museale Teil „Alltag in Miltenberg“ wird in einem sanierten historischen Gebäude präsentiert, das seit seiner Erbauung im Jahr 1593 im Grunde nicht verändert worden ist.

Historische Einblicke

Dem Besucher werden historische Einblicke in die Bereiche Wohnen und Küche ebenso wie Gesundheit geboten. Außerdem ist historisches Kinderspielzeug zu sehen. „Die Instandsetzung der Amtskellerei und der Lateinschule in Miltenberg sind ein gutes Beispiel dafür, wie historische Altstädte ihr vertrautes und individuelles Erscheinungsbild bewahren und sich zugleich

zu kulturellen Zentren entwickeln können“, hob der Minister hervor.

Überzeugendes Konzept

Das Haus selbst ist das Museum - dieses Grundkonzept für das Stadtmuseum Miltenberg prägt auch die Erweiterung durch die beiden angrenzenden Fachwerkhäuser. Die Erweiterung umfasst ein Doppelhaus mit identischen Grundrissen: Auf vier Stockwerken verteilen sich 22 Räume; von den Eingangshallen bis zum Dach rund 400 Quadratmeter Ausstellungsfläche. Mit den beiden Häusern wächst das Museum der Stadt Miltenberg auf insgesamt 1400 Quadratmeter Museumsfläche und steigt damit in die Klasse der „größeren“ Einrichtungen auf, wie Miltenbergs Stadtoberhaupt Joachim Bieber stolz vermelden konnte. **DK**

Landkreis Rottal-Inn:

Standortfaktor Kinderfreundlichkeit

„Wir wollen in Zukunft deutlicher machen, dass wir nicht nur ein wirtschaftsfreundlicher, sondern auch ein familien- und kinderfreundlicher Landkreis sind“, bilanzierte Landrätin Bruni Mayer eine Gesprächsrunde, an der Vertreter einer ganzen Reihe von Abteilungen des Landratsamtes Rottal-Inn teilgenommen hatten. Hintergrund: Der Landkreis ist auf die Zuwanderung junger Familien angewiesen, wenn er eine gut gemischte Altersstruktur erhalten will.

Wie in den meisten Regionen Deutschlands ist auch im Rottal ein deutlicher Geburtenrückgang zu verzeichnen. „Der Bedarf an Kindergartenplätzen und Schulklassen wird sich als erstes reduzieren“, betonte Manfred Weindl, Leiter des Jugendamtes am Landratsamt. Dies könnte Schließungen von Gruppen oder Kindergärten bedeuten, was dann auch entsprechend längere Anfahrtswege für Kinder und Eltern zur Folge hätte.

Absehbarer Nachwuchsmangel

Mittelfristig sei schon jetzt ein Nachwuchsmangel für die heimischen Betriebe absehbar. Firmen könnten deswegen auch an Abwanderung denken und würden, sollten solche Pläne dann auch umgesetzt werden, Arbeitskräfte mit ihren Familien „mitziehen“. Zudem müssten indirekte wirtschaftliche Faktoren berücksichtigt werden: Die junge Generation würde auch als Konsumfaktor zusehends wegfallen.

„Für uns wird es immer wichtiger, wie unsere Gemeinden und wie auch wir als Landkreis aus der Sicht von zuzugswilligen jungen Familien beurteilt werden“, erklärte Bruni Mayer. Das Klima der Kinderfreundlichkeit im Landkreis müsse weiter gestärkt werden, denn: „Kinder- und Familienfreundlichkeit werden sich immer mehr zu wichtigen Standortfaktoren entwickeln.“

„Familiäres“ im Gespräch

„Rottal-Inn: der kinder- und familienfreundliche Landkreis“: Dieses Leitziel soll nicht nur in einer Arbeitsgruppe diskutiert, sondern auch konkret umgesetzt werden. Im Gespräch ist u. a. ein „Familiäres“, besetzt mit Mitarbeitern der Landkreisverwaltung aus den Bereichen Familien und Jugend, aber auch Praktikern, die täglich mit Familien und Kindern arbeiten. Hier sollen auch kurzfristig anstehende Probleme angegangen werden können.

Auf der Ideenliste stehen darüber hinaus ein Elternbrief, der Ausbau des Freizeitpasses mit familienfreundlichen Freizeitangeboten und die Erstellung eines Informationsheftes, in dem alle für Familien wichtige Informationen übersichtlich gebündelt werden: Beratungsangebote, Fördermöglichkeiten, Ärzteliste - dies und vieles mehr wäre hier schnell zu finden.

Icking:

Margit Menrad gewinnt Stichwahl

Ickings neue Bürgermeisterin heißt Margit Menrad. Die Kandidatin der Unabhängigen Bürgerliste (UB) gewann mit 54,7 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen ihren Kontrahenten, Matthias Ertl von der Parteifreien Wählergemeinschaft (PWG). Die Wahlbeteiligung lag bei 60,7 Prozent. **DK**

Vorreiter Landratsamt

Das Landratsamt will aber auch im eigenen Haus tätig werden. Dort, wo viel Publikumsverkehr herrscht, gibt es bereits Spielecken, beispielsweise in der Kfz-Zulassung oder im Ausländeramt. Dieses Angebot soll noch ausgeweitet werden.

Landrätin Mayer verwies aber auch darauf, dass sie von Eltern immer wieder Lob für die Kinderfreundlichkeit des Amtes höre. Besonders die Flexibilität bei der Terminvergabe werde von Müttern und Vätern sehr gewürdigt und gerne genutzt. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



In sehr gelöster Atmosphäre fand die feierliche Einweihung der neuen Aufnahmeklinik mit Institutsambulanz und Informationszentrum am Bezirksklinikum Mainkofen statt. Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein freute sich über rund 150 Gäste und wertete dies als Zeichen der Wertschätzung, die der Mainkofener Bezirkseinrichtung entgegengebracht wird. Auf dem Bild sind von links zu sehen: Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, der Ärztliche Direktor des Bezirksklinikums Mainkofen, Prof. Dr. Wolfgang Schreiber, Architekt Dipl. Ing. Fritz Galuschka und Ministerialdirigent Dr. Gerhard Knorr vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. **DK**

Kinderbetreuung:

Würzburger Spitzenposition

„Sie schaffen hier einen Raum für Kinder, wie es früher in der Großfamilie auf dem Dorf war und wie es später auch im Erwachsenenleben ist“, zeigt sich Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen von der Arbeit im integrativen Kindergarten Vogelshof bei einem Besuch beeindruckt.

Denn in dem integrativen Kindergarten auf dem Heuchelhof lernen und spielen 30 Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam und voneinander. „Hier lernen Kinder, dass sie Hindernisse überwinden können - das ist ungewöhnlich“, würdigt die Bundesfamilienministerin das Konzept des Kindergartens gegenüber Würzburgs Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann. Denn die Gesellschaft habe lange gebraucht, zu erkennen, dass die ersten Kindersjahre das Tor zum Lernen sind, betonte Frau von der Leyen.

„Integriertes“ Denken

Jetzt würden auch die Ländern anfangen, bei Kindergar-

tenplätzen „integrierter“ zu denken. Die Stadt Würzburg, so die Ministerin, stehe bei Kindergartenplätzen außerordentlich gut da: Während Würzburg mit seiner Zahl von angebotenen Kindergartenplätzen in Bayern ganz oben stehe, liegt die unterfränkische Stadt bundesweit im Durchschnitt.

Doch: „Wenn Sie die Kostenfreiheit für Kinderbetreuung überlegen, dann denken Sie auch an die Kommunen“, bat Würzburgs Sozialreferent Robert Scheller die Bundesministerin. Denn eine Kostenfreiheit für Kinderbetreuung könne nur funktionieren, wenn sie

1:1 ausgeglichen werde. **DK**

Nordschwaben / Mittelfranken / Ostalbkreis:

Attraktive Region mit Zukunft

Bopfingen. „Die Lebenswirklichkeit der Menschen richtet sich nicht nach Verwaltungsgrenzen“, so Joachim Herrmann, Bezirksvorsitzender der CSU-Mittelfranken und Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion. Dies sei der Grund gewesen, weshalb er zusammen mit dem Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium und CSU-Kreisvorsitzenden von Donau-Ries, Georg Schmid, bereits zum vierten Mal zu einem „länderübergreifenden Regionaltag“ eingeladen hatte.

Zum zweiten Mal waren auch die CDU-Mandatsträger unter Führung von Landtagsabgeordnetem Winfried Mack aus dem baden-württembergischen Ostalbkreis mit dabei, was sich nach Ansicht von Georg Schmid ausgesprochen positiv auf die gemeinsamen Interessen auswirke. Joachim Herrmann bezeichnete dabei die Länder Bayern und Baden-Württemberg als den

die Magistralen brauche, darin bestand völlige Übereinstimmung.

Fehlende Nord-Süd-Verbindung

So fehle beispielsweise aber eine vernünftige Nord-Süd-Verbindung zwischen den Autobahnen 9 und 7, eine Reihe von Bundesstraßen müssten dringend ausgebaut und auf drei

bindung der Einnahmen aus der LKW-Maut. Für Georg Schmid und Joachim Herrmann dürften „die Menschen nicht zu Opfern des Verkehrs werden“.

Die Zukunft läge nicht in der Sperrung von Straßen, sondern in einer Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Mehr Ortsumfahrungen würden zum Beispiel die Bewohner vom Durchgangsverkehr entlasten und den Verkehr insgesamt beschleunigen.

Überlappende Bahntickets

Auch die Schiene war ein Schwerpunktthema. Gemeinsam wollen die Unionspolitiker dafür eintreten, dass das „Bayern-Ticket“ und das „Baden-Württemberg-Ticket“ nicht an den jeweiligen Landesgrenzen endet, sondern dort streckenweise überlappen, wo ein entsprechendes Fahrgast-Aufkommen zu verzeichnen ist. Und miteinander will man für den Erhalt der Eisenbahnstrecke Aalen - Nördlingen eintreten, zumal diese auch als Ausweichstrecke zwischen Stuttgart und München gelte.

Zusammenarbeit beim Tourismus

Im touristischen Bereich will die Union ebenfalls enger zusammenarbeiten und die zwei Geoparks mit dem Limes-Weltkulturerbe verknüpfen. „Hier gibt es noch reichlich Potential und neue Chancen“, so die Politiker von CDU und CSU.

Europa und der ländliche Raum

Einigkeit herrschte zudem darin, dass Fördermaßnahmen der Europäischen Union auch die Interessen und Strukturen ländlicher Räume berücksichtigen müssten.

Dem würde nach Aussage des ebenfalls teilnehmenden Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments und stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Dr. Ingo Friedrich bereits dadurch Rechnung getragen, dass ab 2007 die jeweiligen Länder für die Genehmigung von Projektförderungen selbst verantwortlich seien. **Pmw**



Von links: Staatssekretär Georg Schmid, CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann, CDU-Kreisvorsitzenden Winfried Mack MdL, Helmut Guckert MdL, EP-Vizepräsident Dr. Ingo Friedrich.

Text und Bild: Peter Müller

„starken Süden Deutschlands“.

Im Schnittpunkt der Metropolen

Im baden-württembergischen Bopfingen nahm der dortige Bürgermeister Dr. Gunter Bühler die Gelegenheit wahr, gemeinsame Anliegen „einer Region im Schnittpunkt der Metropolen München, Nürnberg und Stuttgart“ anzusprechen.

Verkehrsinfrastruktur ausbauen

Dass der ländliche Raum zur Wahrnehmung seiner zweifelsfrei vorhandenen Chancen eine gut ausgebaute Infrastruktur und schnelle Anbindungen an

bzw. vier Streifen erweitert werden, und eine ganze Reihe von Ortsumfahrungen harren der Verwirklichung. Gemeinsam wollen sich die Politiker aller Ebenen deshalb an die Bundesregierung wenden, um mehr Ausbaupläne der Region Nordschwaben/Mittelfranken/Ostalbkreis in den vordringlichen Bedarf bzw. Fünf-Jahres-Plan zu bekommen.

Mehr Mittel für den Straßenbau

Insgesamt müssten mehr Mittel in den Bundesfernstraßenbau fließen, wenn der zu erwartende Verkehrszuwachs bewältigt werden soll. Anzustreben sei eine entsprechende Zweck-

54. Huosigau Heimattage in Diessen:

Bunter Trachtenmarkt am See

Die 54. Huosigau Heimattage in Diessen boten in der Marktgemeinde einen Veranstaltungsmarathon, der weit über ein Trachtenfest hinausgeht. Neben den Großveranstaltungen wie Heimatabend, Festzug mit 18 Festwagen zum Thema „200 Jahre Königreich Bayern“ und über 100 Gruppen sowie der zweistündigen Modenschau mit 70 Modells auf dem 14 Meter langen Laufsteg im Festzelt gab es auch unterhaltende und informative Nebenschauplätze, die mit ihrer Einzigartigkeit die Besucher anzogen.

Hierzu zählte der Trachten- und Handwerkermarkt, zu dem sich 40 Aussteller in den Seeanlagen versammelten, um ihre alpenländisch geprägten Waren zu zeigen oder ihre oft vom Aussterben bedrohten Gewerke vorzuführen und seltene Kunstfertigkeiten zu vermitteln.

Reicher Spannungsbogen

Der Markt in den Seeanlagen schaffte einen reichen Spannungsbogen zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Ziel des Diessener Trachtenvereines war es einmal mehr, nicht nur Produkte zum Verkauf anzubieten, sondern vor allem kunsthandwerkliche Fertigkeiten vorzuführen, die immer rarer werden, die aber vor allem im Bereich der Trachtenbekleidung wegen ihrer Wertigkeit wieder zunehmend eine Rolle spielen.

Wer zum Beispiel einen Zinn-gürtel-Ranzen stolz sein eigen nennt, trägt das gute Stück mit Respekt. Wer aber weiß schon, wie aufwändig es ist, die Zinnstifte auf den Ledergürtel zu applizieren, damit sie sich zum feinen Muster fügen? Wie das funktioniert, zeigte ein Handwerker auf dem Markt.

„Lebende Werkstatt“

Mit dabei waren auch drei sogenannte Säckler, die sich als „lebende Werkstatt“ beim Arbeiten über die Schulter schauen ließen. Weiter zeigten ihr Handwerk Korbflechter, Drechsler, Hutmacher und Federkielsticker. Wer sich mit Raritäten, aber auch praktischen und schönen Dingen rund um die Tracht eindecken wollte, hatte dazu reichlich Gelegenheit.

Vertreten war auch das Volks-

musik-Archiv des Bezirks Oberbayern mit Liedgut, Noten, CDs und Literatur. Außerdem traten Bänkel- und Moritansänger auf - darunter auch der Leiter des Volksmusikarchivs Ernst Schusser.

Klosterschiff

Diessens Traditionsverein d'Moosdapper holte extra für die Huosigau Heimattage sein Klosterschiff aus dem See und erklärte anhand einer Tafel den Nachbau jenes Ruderbootes, mit dem die Augustiner Chorherren vor 300 und mehr Jahren über den See nach Andechs oder Grafrath gerudert worden sind.

Fischerhandwerk

Mit von der Partie waren schließlich auch die Ammersee-Fischer. Sie stellten das „Fischerhandwerk einst und jetzt“ dar. Auf dem Platz zwischen Dampfersteg und Kunsthalle der Arbeitsgemeinschaft Diessener Kunst gab es viel Wissenswertes, vor allem auch für die Jugend, zu einem Thema zu sehen, das „typisch Ammersee“ ist. **DK**

Gz Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Es wird immer einfache Leute geben. Aber es gibt immer weniger einfache und bezahlbare Arbeiten, die sie verrichten könnten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las mit Interesse von dem Modell eines Wirtschaftsverbandes, wie gering qualifizierte Langzeitarbeitslose in sinnvolle Beschäftigungen vermittelt werden könnten.

Grob verkürzt läuft es darauf hinaus, dass Hartz-IV-Empfänger ihre Stütze nicht mehr fürs Nichtstun bekommen sollen, sondern sich freiwillig bereit erklären können, Arbeitsplätze anzunehmen, die nicht eingerichtet würden, müsste der Arbeitgeber dafür einen regulären Arbeitnehmer mit normaler Bezahlung einstellen. Denn es gibt ja gerade im Servicebereich eine Menge Arbeit, die eigentlich „da“ wäre, die aber so unproduktiv ist, dass es sich wegen des hohen Lohnniveaus und der

Geregelte Arbeit als richtiger „Way of life“

Lohnnebenkosten nicht „rechnet“, jemanden einzustellen.

Das ist sehr misslich, denn damit verurteilt man Leute ohne Not zur Untätigkeit, die gerne anpacken, etwas leisten und sich damit auch selbst bestätigen würden. Menschen, die halt mal intellektuell nicht so beweglich sind, als dass sie sich für die anspruchsvollen Jobs unserer modernen Arbeitswelt richtig eignen würden. Oder Leute, die mit gesundheitlichen Einschränkungen zu kämpfen haben.

Gerne wird eingewandt, dass für anständige Arbeit auch anständiges Geld bezahlt werden sollte. Schön gesagt. Aber was ist eine anständige Arbeit? Vor einiger Zeit ging der Erfahrungsbericht eines unternehmungslustigen Mannes durch die Zeitungen, der sich eine Existenz als Schuhputzer in einer großen deutschen Stadt aufbauen wollte. Er stellte sich in eine Straße, in der viele schicke, gutbetuchte Leute in 200-Euro-Schuhen flanieren und sich über- teuerte Kaffees mit modischen italienischen Namen in exklusiven Bars bestellen - und machte Pleite. Offenkundig - so seine Beobachtung -



schämen sich die Deutschen, eine Dienstleistung wie Schuhe putzen in der Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen. Während in anderen Ländern Männer zum Schuhputzer gehen, auch wenn es die Schuhe vielleicht noch nicht brauchen, weil sie wissen, sie helfen damit einem fleißigen Mitmenschen über die Runden zu kommen, will man in Deutschland den Dienstleister nicht er-

niedrigen und nimmt lieber seine Dienste nicht in Anspruch. Grotesk.

Wir Deutschen sind schon ein komisches Volk. Wir sorgen mit hohen Löhnen und Lohnnebenkosten dafür, dass es enorm teuer ist, sich seine Hemden von einem Fremden bügeln zu lassen. Wenn man sich aber die Hemden von Fremden bügeln lässt, definieren wir das als haushaltsnahe Dienstleistung und fördern es großzügig durch eine Steuerabschreibung. Anstatt das Hemdenbügeln durch Fremde preislich so attraktiv zu machen, dass es für viele gestresste Doppelverdienner zur Selbstverständlichkeit wird, den Gebrauch des Bügeleisens zu verlernen.

Also wird zumindest kurzfristig nichts anderes übrig bleiben, als Geringqualifizierte durch eine Kombination von Sozialtransfer und echter Leistungskomponente wieder auf die Füße zu bringen und ihnen zu vermitteln, dass eine geregelte Arbeit der richtige „Way of Life“ ist und die Gesellschaft sie braucht.

Mein Chef, der Bürgermeister, wäre sofort dabei, wenn unsere Stadt als Pilotkommune für einen Versuch ausgesucht würde, Arbeitslose in eine sinnvolle Beschäftigung zu geben. Warum nicht wieder wie früher einen Parkwächter haben? Oder auch einen Fahrsccheinverkäufer am Busbahnhof statt nur Automaten? Man könnte auch das Heimatmuseum für mehr als drei Tage öffnen, wenn man zu den Ehrenamtlichen noch eine Kraft dazu bekäme. Mein Chef glaubt nämlich daran, was Leo Tolstoi auf dem heutigen Kalenderblatt sagt: „Arbeiten an sich ist keine Tugend, aber sie ist eine unvermeidbare Bedingung eines tugendhaften Lebens.“

the
Sabrina

„Einer der großen Gestalter“

Hans Berk Müller aus Unterknöringen sitzt seit 40 Jahren für die CSU im Kreistag

Als Hans Berk Müller 1966 zum ersten Mal in den Kreistag (damals noch des Alt-Landkreises Günzburg, ohne die Große Kreisstadt Günzburg) gewählt wurde, war er mit 34 Jahren der Jüngste im Gremium; heute ist er mit 74 der Älteste. Bei der letzten Kreistagssitzung vor der Sommerpause würdigte Landrat Hubert Hafner den Unterknöringer für seine 40-jährige, ununterbrochene Zugehörigkeit zum Kreistag.

„Sie sind einer der großen politischen Gestalter unseres Landkreises“, sagte der Landkreischef in Richtung des längst gedienten, aktiven Kreisrats. „Sie tun weit mehr als Ihre Pflicht. Mit Ihrem fundierten Wissen, Ihrem Ideenreichtum, Ihrem kritischen Sachverstand und Ihrer Beurteilungsfähigkeit prägen Sie die Kreispolitik maßgeblich mit.“ Berk Müller, so Hafner, sei „ein besonderer Mensch mit positiver, wertorientierter Einstellung“, der ein „untrüglisches politisches Gespür“ habe und „Politik mit Anstand“ mache.

Beindruckendes Stehvermögen

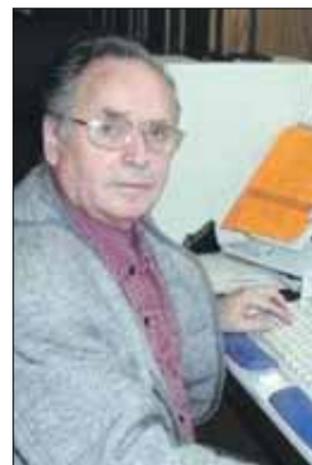
Dann wird er 42 Jahre lang im Kreistag gewesen sein. In all den Jahrzehnten sei sein „beeindruckendes Stehvermögen“ ein

Herausragende Ergebnisse

Sieben Mal in Folge ist der profilierte Kommunalpolitiker mit jeweils hervorragendem Ergebnis in den Kreistag gewählt worden. Beim ersten Mal, 1966, war Berk Müller amtierender Kreisvorsitzender der Jungen Union (JU). Bei der vorigen Kreistagswahl 2002 wollte Berk Müller wegen seines fortgeschrittenen Alters eigentlich nicht mehr kandidieren.

In zwei Jahren ist Schluss

Der langjährige CSU-Kreisvorsitzende (acht Jahre lang von 1987 bis 1995 als direkter Nachfolger von Dr. Theo Wai- gel!) ließ sich aber von der eige-



Hans Berk Müller.

druckendes Stehvermögen und die Fähigkeit, verhärtete Fronten aufzuweichen und Menschen auch in schwierigen Situationen wieder zusammenzubringen“ immer eine „besonde-

re Stärke“ Berk Müllers gewesen, so Landrat Hafner.

Beruflich wirkte Hans Berk Müller zunächst als Dorflehrer in Deubach und Oxenbronn, dazu jahrzehntelang in der Lehrerfortbildung. 14 Jahre lang war er Schulrat im Landkreis Dillingen und schließlich als Leiter der Schulabteilung bei der Regierung von Schwaben. In dieser herausgehobenen Position war er für rund 14.000 Lehrer in ganz Schwaben zuständig.

Autor von Fachbüchern

Außerdem bekleidete Berk Müller 20 Jahre lang das Amt des Bezirksvorsitzenden der Katholischen Erziehergemeinschaft in Schwaben. Daneben tat er sich als Autor zahlreicher Schul- und Lehrfachbücher hervor. Ein von ihm verfasstes Hauptschulbuch über Biologie wurde als „schönstes Sachbuch im deutschsprachigen Raum ausgezeichnet“. Außerdem erhielt er dafür einen internationalen Schulbuchpreis.

Einsatz für die Katholische Kirche

In seiner Heimatgemeinde Burgau engagierte sich Hans Berk Müller als Stadtrat. Sein Einsatz galt daneben der Katholischen Kirche. Er war Mitglied im Unterknöringer Pfarrgemeinderat, davon mehrere Jahre als Vorsitzender, und im Diözesanrat der Diözese Augsburg. Für seine Verdienste um das Gemeinwesen erhielt Berk Müller vor einigen Jahren auch das Bundesverdienstkreuz am Bande. **□**

KPV-Jahreshauptversammlung Nürnberger Land:

Wirtschaft und Politik - ein Widerspruch?

Bei der diesjährigen Hauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung Nürnberger Land in Altdorf stand die Frage nach dem „Spannungsverhältnis von Wirtschaft und Politik“ im Blickpunkt der Diskussion.

KPV-Kreisvorsitzender Werner Kundörfer konnte mit Wirtschaftsberater Werner Kirchhoff einen ausgewiesenen Praktiker begrüßen, der den Kommunalpolitikern aus Sicht eines Mittelständlers die Defizite des heutigen Politikbetriebs schilderte. Vor allem kritisierte er die mangelnde Kommunikation zwischen Politik und Wirtschaft auf allen Ebenen. Dies gelte insbesondere im Verhältnis zu kleineren Betrieben, die nach seiner Erfahrung nicht annähernd das Interesse auf sich zögen, das ihnen angesichts Ihrer Bedeutung für Ausbildungs- und Arbeitsplätze eigentlich zukommen sollte.

Kirchhoff prangerte eine „Kultur des Misstrauens“ zwi-

schon Politik und Wirtschaft, die sich insbesondere unter Rot-Grün eingeschlichen habe, an. Diesen Vorwurf untermauerte er mit einigen Beispielen aus der Gesetzgebung. So gängele der Staat die Unternehmen in vielerlei Hinsicht mit zu restriktiven Vorschriften im Steuerrecht oder aktuell beim so genannten Gleichbehandlungsgesetz.

EU-Regelungswut

Ein besonderes Problem stelle in nahezu allen Branchen die Regelungswut der EU dar, die allzu oft vom deutschen Gesetzgeber durch noch genauere Umsetzungsregelungen auf die Spitze getrieben worden sei.

Hier müsse die nationale Politik früher und nachdrücklicher die deutschen Interessen in Brüssel vertreten. Bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht dürfe es kein „Drauf-satteln“ mehr geben; vielmehr müsse eine 1:1-Umsetzung die Regel werden.

Betriebsnachfolge

Kirchhoff ging in seinem Vortrag auch auf das Problem der Betriebsnachfolge ein. Bis 2011 steht bei 63.000 Unternehmen in Bayern diese Frage auf der Agenda. Die Betriebsübergabe an die Erben werde jedoch durch das geltende Erbschaftsteuerrecht erschwert. Immer wieder komme es zu Betriebsaufgaben, weil die Erben die anstehende Steuerlast nicht tragen können. Kirchhoff: „Wenn hier nicht bald etwas geschieht, was eine Fortführung der Betriebe erleichtert, betrifft das im Extremfall etwa eine halbe Million Arbeitsplätze allein in Bayern.“ Die Vorstellungen der SPD, Erbschaftsteuererleichterungen für Betriebsnachfolger zwingend an die Beibehaltung von Arbeitsplätzen zu koppeln, hält der Wirtschaftsbe-

rater indes für ökonomischen Unsinn: „Das geht an der betrieblichen Realität meilenweit vorbei.“

Abschließend rief Kirchhoff die KPV-Mitglieder auf, sich bei der Rekrutierung des politischen Nachwuchses stärker für Seiteneinsteiger zu öffnen und die Entscheidungen für Kandidaturen in erster Linie nach Qualifikationsgesichtspunkten zu treffen anstatt nach „Stallgeruch“. Dies sei auch ein Weg, Politikverdrossenheit zu überwinden und junge Menschen wieder mehr für Politik zu begeistern.

Die Kräfte bündeln

Feuchts Bürgermeister Konrad Rupprecht machte in der sich anschließenden Diskussion deutlich, dass Kommunikation zwischen Rathäusern und Betrieben zwar sehr wünschenswert und wichtig sei, häufig aber doch eine Einbahnstraße darstelle. Es komme eher selten vor, dass Mittelständler mit einem Problem von sich aus zu ihm kämen. Deshalb besuche er schon seit vielen Jahren regelmäßig Betriebe aller Größen. „Kommunikation muss aber in beide Richtungen funktionieren“, stellte Rupprecht fest.

Werner Kundörfer zog seinerseits folgendes Resümee: „Wir werden die Herausforderungen der Zukunft nur meistern können, wenn wir die Kräfte bündeln und zusammenarbeiten, statt immer nur - und meistens

auch noch schlecht - übereinander zu reden.“ Wirtschaft und Politik stünden nicht im Widerspruch, sondern in einem kriti-

schen Dialog, den die CSU-Kommunalpolitiker in der KPV Nürnberger Land seit Jahren intensiv pflegten. **DK**



„Lernen vor Ort“

Sozialkundeunterricht im Landratsamt Fürstenfeldbruck

„Lernen vor Ort“ hieß die Devise für eine zehnte Klasse, die eine Doppelstunde Sozialkundeunterricht im Landratsamt Fürstenfeldbruck zusammen mit Landrat Thomas Karmasin verbrachte. Anhand der neuen Broschüre „Der Landkreis Fürstenfeldbruck - Hier und Heute“ stellte Landrat Thomas Karmasin 26 Schülerinnen und Schülern der Klasse 10 d des Graf-Rasso-Gymnasiums Fürstenfeldbruck die Gebietskörperschaft vor und erläuterte den Jugendlichen Aufgaben und Einrichtungen des Landkreises Fürstenfeldbruck.

Ausreichend Zeit war vor allem auch für Fragen und Diskussionen zu aktuellen Landkreisthemen mit dem „Kreischef“ Landrat Karmasin vorgesehen. Den Unterricht vorbereitet hat im Rahmen des Lehrplanes zum Thema „Bund - Land - Kommune“, Karl Körner, Studiendirektor und Fachbetreuer für Geschichte und Sozialkunde am Graf-Rasso-Gymnasium in Fürstenfeldbruck. **□**

Vorschau auf GZ 17

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 17, die am 7. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Garten- und Landschaftsbau • Dorferneuerung
- Kommunalfahrzeuge
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Außen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 • Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
Wartehallen
Ein Gesellschafter der LANGLAG

ORION
• Transparenze Überwachungsanlagen
• Fahrradparksysteme
• Stadtmöblierung
www.orion-bausysteme.de

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
www.funeralia.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien-Schwarzgöwe
Tel. 07832 4211 Fax 07832 11227

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktiv - Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 1 • D-92285 Möttingert
Tel. (09538) 89 0 • Fax (09538) 89 199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
entdecke die Welt des Spielens!

Masten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0)44 31/9355 49 • Telefax: +49 (0)44 31/9355 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

HANNO Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktiv - Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 1 • D-92285 Möttingert
Tel. (09538) 89 0 • Fax (09538) 89 199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 • 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05 0 • Fax 07195/69 05 77 • info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Küssmersbruck/Amberg
Tel.: +49 (0)9621/7685-0 • Fax +49 (0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de • www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH • Industriestraße 33 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/38 06 - 601 • Fax: 09 81/38 06 - 615
www.hydometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung
vertragshandel für **Felitto Star**
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 09 11 / 69 39 65
telefax 09 11 / 69 59 63
email: deko-jochum@t-online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien-Schwarzgöwe
Tel. 07832 4211 Fax 07832 11227

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de